

Der Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg., ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Anserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5spaltige Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 2.

Sonntag, den 14. Januar.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt.
Die Redaktion.

An die Tabakarbeiter Deutschlands!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands hat, angefihts der Gefahren, welche die gesamte Tabakindustrie bedrohen, beschlossen, auf Grund des ihr von dem im November 1893 zu Berlin stattgefundenen Kongresses übertragenen Mandats zum 29. Januar 1906 einen

Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands

nach Berlin zu berufen.

Kollegen allerorts! Dieser Beschluß der Zentralkommission hat die Zustimmung der am 8. Januar hier stattgehabten großen öffentlichen Versammlung der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend, in welcher Reichstagsabg. August Bebel über das geplante Attentat auf die Tabakindustrie referierte, gefunden. Wir ersuchen Euch nunmehr, alles in die Wege zu leiten, um diesen Kongress fruchtbringend zu gestalten. Als provisorische Tagesordnung setzen wir zunächst fest:

1. Konstituierung des Kongresses (Wahl des Bureaus, der Mandatsprüfungskommission, Festsetzung der Geschäftsordnung etc. etc.).
2. Die Tabaksteuer-Vorlagen der Reichsregierung gegenüber der wirtschaftlichen Lage der Tabakarbeiter.
3. Berichte der einzelnen Delegierten.

Kollegen Deutschlands! Wenn man sich kalten Blutes die Vorlagen der Reichsregierung gegenüber der wirtschaftlichen Lage der gesamten Tabakarbeiter vor Augen führt, so ist wohl die Notwendigkeit dadurch dokumentiert, daß die gesamte Tabakarbeiterschaft laut und vernünftig vor den Toren des Reichstages Protest erheben muß gegen diese Pläne, welche die Vernichtung einer Industrie, in welcher über 200 000 Arbeiter Beschäftigung finden, zur Folge hat.

Die Kommissionen der einzelnen Orte haben sofort öffentliche Versammlungen zu berufen, die Frage einer etwaigen Vertretung ihres Ortes zu erörtern, andernfalls sich mit ihren Nachbarorten zu verständigen über eine gemeinsame Beschickung des Kongresses.

Die Delegierten sind nur in öffentlichen Versammlungen zu wählen; wo eine öffentliche Versammlung nicht stattfinden kann, ist auf andre Weise, durch Zirkulation von Listen auf Fabriken, oder von Haus zu Haus, eine Delegiertenwahl vorzunehmen.

Es muß jedoch jedem Orte überlassen werden, sich durch eigene oder Delegierte eines andern Ortes vertreten zu lassen. Die Kosten der Beschickung des Kongresses sind von den Mandatgebern zu tragen.

Die Delegierten haben sich mit dem in voriger Nummer des Tabakarbeiters angedeuteten Material zu versehen. Die Delegierten haben sich bis zum 24. Januar mit deutlich geschriebener Adresse, sowie Angabe, ob Logis gewünscht wird, anzumelden, worauf die Zusendung des Mandatformulars erfolgt; dasselbe ist von dem Bureau der öffentlichen Versammlung zu beglaubigen.

Anträge, welche dem Kongress bei seinem Zusammentritt vorgelegt werden sollen, müssen ebenfalls bis 24. Januar bei Unterzeichnetem eingereicht werden. Nähere Mitteilungen über Lokal usw. erfolgen später durch den Tabak-Arbeiter.

Kollegen Deutschlands! Jetzt gilt es, zu der brennendsten Frage unserer Industrie, wo dieses bis

jetzt noch nicht geschehen, Stellung zu nehmen! Jetzt gilt kein Säumen mehr! Aus Wert!

Die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands

S. A.:

Karl Duttn, Berlin N. 31, Straßunder Str. 41, III.

Protest der Berliner Tabakarbeiter gegen die geplante Tabaksteuer der Reichsregierung.

Zu einer imposanten Volkskundgebung nicht nur gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer, sondern gegen die Steuerpolitik der Regierung und der herrschenden Klassen überhaupt gestaltete sich die Versammlung, welche die Zentralkommission der Tabakarbeiter Deutschlands am Montag nach der Brauerei Friedrichshain einberufen hatte. Schon gegen 7 Uhr war der große Saal von mehr als 3000 Tabakarbeitern und Arbeiterinnen Berlins bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß bereits eine Stunde vor Beginn der Versammlung polizeiliche Absperrung erfolgte. Aber immer neue Arbeitermassen strömten herbei. Gegen 8 Uhr abends füllten weit mehr als die 3000 im Saale Anwesenden die Straßen am Friedrichshain und die angrenzenden Parkwege. Allen polizeilichen Mahnungen, sich zu entfernen, setzten die Wartenden die Antwort entgegen, sie wollten auch auf diese Weise gegen das geplante Attentat der Reichsregierung auf die Tabakindustrie protestieren.

Punkt 8 Uhr wurde die Versammlung eröffnet und Genosse

Bebel,

der das Referat übernommen hatte, erhielt das Wort. Er führte aus: Das Steuerbuckelt, welches die Regierung jetzt dem Reichstage überreichte, hat nicht nur in den durch die Steuererhöhungen betroffenen Industrien, sondern in den weitesten Kreisen des Volkes große Erregung hervorgerufen. Abgesehen von der Zollvorlage, welche durch die bürgerliche Mehrheit des Reichstages angenommen wurde, hat niemals eine Steuervorlage den Reichstag beschäftigt, die so tief in das Erwerbaleben der Bevölkerung eingegriffen hätte, wie die jetzigen

Steuervorlagen.

Es handelt sich um eine Forderung von 250 Millionen Mark, die durch die neuen Steuern aufgebracht werden sollen. 28 Millionen soll die Erhöhung der Tabaksteuer bringen, 15 Millionen die neue Zigarettensteuer, 67 Millionen die Erhöhung der Biersteuer, 41 Millionen der Frachtturkumdenstempel, 16 Millionen der Duitungsstempel, 12 Millionen der Fahrkartenstempel, 3½ Millionen die Automobilsteuer und 70 Millionen die Erbschaftsteuer.

Es ist ja bekannt, daß sich das Deutsche Reich seit geraumer Zeit im Dalles befindet, das heißt, daß die

Schuldenlast des Reiches

von Jahr zu Jahr gewachsen ist. Sie betrug im Jahre 1888 750 Millionen Mark und ist jetzt auf 3600 Millionen gestiegen. Für das Jahr 1906 sind für die Reichsschulden 127½ Millionen Zinsen zu zahlen, fast 14 Millionen mehr als im vorigen Jahre. Wenn diese Wirtschaft so weiter geht, dann kann es kommen, daß infolge des Wachstums der Schulden- und Zinsenlast das Reich im Falle einer Katastrophe seinen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. — Warum hält man die fortwährende Steigerung der Ausgaben für nötig? Die Weltmachtspolitik und die deshalb fortwährend vermehrten Aufwendungen für Militär, Marine, Kolonialforderungen sind es, welche dem Volke beständig neue Lasten auferlegen. — Während unsere Partei dafür eintritt, daß die Ausgaben des Reiches durch direkte Steuern aufgebracht werden, will die Regierung und die herrschenden Klassen, daß der Bedarf des Reiches möglichst durch indirekte Steuern gedeckt wird. Tatsächlich werden die gesamten Ausgaben des Reiches durch indirekte Steuern aufgebracht, das heißt, durch Besteuerung der notwendigsten Lebensmittel des Volkes. — Bismarck sagte 1875 im Reichstage: Zucker, Bier, Tabak, Branntwein, die sogenannten Luxusartikel der großen Masse, müssen mehr bluten. Nach diesem Grundsatz ist denn auch die

Steuerpolitik des Reiches

verfahren. Im letzten Etatsjahr brachte der Tabak 70 Millionen, der Kaffee ebensoviel, desgleichen Petroleum, 165 Millionen brachten die Getreidezölle, 130 Millionen die Branntweinsteuer und ebensoviel die Biersteuer im norddeutschen Gebiet. Das sind die hauptsächlichsten Steuerquellen des Reiches. Die Mehrheit des Reichstages ist

willens, bei diesem System zu bleiben so lange wie möglich. Nach vielen Schwierigkeiten ist man endlich zur Vorlage der Erbschaftsteuer gekommen. Aber das vorgeschlagene System derselben ist ein höchst unvollkommenes. Was bisher in den Einzelstaaten an Erbschaftsteuer erhoben wurde, ist sehr wenig im Vergleich zu dem Ertrage der Erbschaftsteuer in anderen Ländern. Preußen erzielt an Erbschaftsteuer nur 11 Millionen Mark, das weniger bevölkerte Frankreich dagegen 264 und England sogar 360 Millionen Mark. Wenn in Deutschland die Erbschaften so besteuert würden, wie in diesen Ländern, dann könnten wir leicht die jetzt geforderten 250 Millionen aus der Erbschaftsteuer allein decken, ohne daß es erforderlich wäre, die Industrien und die Konsumenten noch weiter zu belasten. Aber gegen eine gerechte Besteuerung der Erbschaften sträuben sich die Besitzenden. Sie schwärmen zwar für das „teuere Vaterland“, wenn aber das Vaterland im wahren Sinne des Wortes teuer wird und sie zur Bestreitung der Kosten in den eigenen Beutel greifen sollen, dann ist es mit ihrem Patriotismus vorbei. (Beifall.) Wir wissen, daß die Institutionen des Reiches und der Einzelstaaten dazu da sind, um die Interessen der Besitzenden zu schützen. Demnach müßte eigentlich jeder in dem Maße, wie ihm der Schutz des Staates zu gute kommt, das heißt, nach Maßgabe seiner Mittel zu den Staatslasten beitragen. Es ist aber bekannt, daß diejenigen, welche die Macht haben, sich die Institutionen des Staates möglichst dienstbar machen, die Lasten aber auf andere, nämlich auf die Schultern der Masse abwälzen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist die Steuerpolitik des Reiches zu erklären. — Es ist ja richtig, daß die Besteuerung der Luxusartikel der Reichen nicht viel einbringt. Wenn man aber das Einkommen und Vermögen der Besitzenden entsprechend versteuert, dann würden sich daraus bedeutende Einnahmen ergeben. Aber auch in dieser Hinsicht ist man in Deutschland weit hinter anderen Ländern zurück.

Indirekte Steuern haben den Nachteil, daß sie die ärmeren Leute viel höher belasten als die Reichen, und am schwersten ruht die Last der indirekten Steuern auf den Familien, die einen großen Kindersegen, aber nur ein schmales Einkommen haben. Es gibt kein ungerechteres und widersinnigeres Steuersystem als das der indirekten Besteuerung, wenn es sich auf die Bedarfsartikel der großen Masse erstreckt. — Es liegt auf der Hand, daß, wenn gewisse Konsumartikel besteuert werden, wodurch natürlich ihr Verkaufspreis steigt, eine

Einschränkung des Konsums

dieser Artikel die notwendige Folge ist. Das gilt beionders von den Zigaretten, die man als „Genußmittel“ bezeichnet. Steigen sie infolge erhöhter Steuer im Preise, so geht der Konsum zurück und dadurch erleidet die betreffende Industrie schwere Verluste. In welchem Maße das bei der Tabakindustrie zutrifft, das haben wir in den letzten Jahrzehnten gesehen. 1879 wurde eine erhebliche Erhöhung der Tabaksteuer eingeführt. Die Wirkung dieser Steuer war die: Im Jahre 1878 beschäftigte die Tabakindustrie in Deutschland 119 000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Im Jahre 1882 betrug die Zahl der Beschäftigten nur noch 110 000, sie war also nach Einführung der

Tabaksteuer

in vier Jahren um 9000 zurückgegangen, obgleich die Bevölkerung in demselben Zeitraum um etwa 5 Proz. zugenommen hat. — Der Fabrikant wird immer versuchen, die Lasten, welche der Industrie durch neue Steuern auferlegt werden, auf die Arbeiter abzuwälzen, indem er die Löhne kürzt. So wurde damals, bei Einführung der Tabaksteuer ein großer Teil der Tabakindustrie aus Hamburg und Bremen in Gegenden verlegt, wo billigere Arbeitskräfte zu haben waren, und die einheimischen Arbeiter mußten infolgedessen zu Tausenden nach Amerika auswandern, da sie in ihrer Heimat brotlos geworden waren. Wie die Tabaksteuer auf die Arbeitslöhne eingewirkt hat, das wird gezeigt in einer Eingabe, welche 15 große Hamburger Firmen im Jahre 1892 machten, als es sich wieder um eine neue Tabaksteuervorlage handelte. Die 15 Firmen produzierten im Jahre 1878 100 760 Mille Zigarren, der Durchschnittslohn pro Mille betrug 18.17 Mk. Die Industrie wurde dann nach Mittel- und Süddeutschland verlegt und hier betrug im Jahre 1891 der Durchschnittslohn pro 1000 nur noch 8.50 Mk. Durch diese Herabsetzung der Löhne auf weniger als die Hälfte war es den Fabrikanten gelungen, einen großen Teil der Steuer auf die Arbeiter abzuwälzen. Die Verlegung der Hamburger und Bremer Tabakindustrie nach Süddeutschland hatte aber auch eine bedeutende Zunahme der Heimarbeit, namentlich in Baden, zur Folge. Wir sehen also, daß sich infolge der Tabaksteuer die Lebenslage der Tabakarbeiter bedeutend verschlechtert hat. Die Arbeiter sind es, welche die Kosten zu tragen haben.

Jetzt soll nun der Zoll für ausländischen Rohtabak, der

im Jahre 1879 von 24 auf 85 Mk. pro Doppelzentner heraufgesetzt wurde, auf 125 Mk. erhöht werden. Die Steuer auf im Inlande erzeugten Tabak soll von 45 auf 62 Mk. steigen. Da der inländische Tabak bedeutend niedriger beizutagen wird wie der ausländische, so ist die Folge, daß der erstere stärker als bisher verbraucht wird. Eigentlich haben hiernach nur die inländischen Tabakbauern einen Vorteil von diesem Steuerhohem. Die Qualität der Tabakfabrikate aber muß sich durch ausgedehntere Verwendung des minderwertigen inländischen Tabaks verschlechtern.

Man erwartet, daß die geplante Erhöhung der Tabaksteuer eine Mehreinnahme von 28 Millionen Mark bringen werde gegenüber der jetzigen Einnahme von 70 Millionen. Es wird angenommen, die hohe Besteuerung des Tabaks habe den Zweck, die Einführung des Tabakmonopols vorzubereiten. Gewiß werden wohl durch die Steuer viele kleinere Fabrikanten zugrunde gehen, so daß man bald nur mit wenigen Großfabrikanten zu rechnen haben wird, mit denen man wegen der Entschädigung leicht werde einig werden, wenn es sich um die Einführung des Monopols handelt, das nach der bei der Monopolvorlage im Jahre 1882 aufgestellten Berechnung einen Ertrag von 163 Millionen Mark bringen sollte. An die Entschädigung der Arbeiter denkt natürlich niemand.

Jetzt sollen nun neben dem Rohabak und den Tabakfabrikaten auch die Zigaretten besonders besteuert werden. Das Papier für 1000 Zigaretten soll eine Steuer von 3 Mk. tragen. Diese Steuer würde die billigsten Sorten am schwersten treffen. Die 1 Pfg.-Zigarette, deren Herstellungskosten 6 Mk. pro Tausend betragen, würden demnach mit 50 Proz. ihres Wertes besteuert werden. Es liegt auf der Hand, daß dies ein schwerer Schlag für die Zigarettenindustrie ist. Aber auch der Raucher, welcher sich seine Zigaretten selbst dreht, hat diese Steuer zu entrichten, denn es darf nur mit dem Steuerstempel versehenes Zigarettenpapier verwendet werden. — Wie die

Zigarettensteuer

wirkt, zeigt ein in Fabrikantenkreisen aufgestelltes Beispiel. Ein Großbetrieb mit einem Jahresumsatz von 1 500 000 Mk. zahlt jetzt für 250 000 Kilo Rohabak 212 000 Mk. Steuer und erzielt einen Gewinn von 130 000 Mk. Nach Erhöhung der Rohabaksteuer von 85 Pfg. auf 1.25 Mk. pro Kilo hätte derselbe Fabrikant an Tabaksteuer 100 000 Mk. mehr zu zahlen. Dazu die Papiersteuer für 200 Millionen Zigaretten im Betrage von 600 000 Mk. Der Fabrikant würde also nicht nur seinen Gewinn mehr erzielen, sondern noch 570 000 Mk. zugeben müssen. Daran denkt er natürlich nicht. Er wird den Verkaufspreis erhöhen, ein Rückgang des Konsums wird die Folge sein und Tausende von Arbeitern werden dadurch aus dieser Industrie verdrängt, um als Lohnrücker in anderen Industriezweigen aufzutreten.

Schon bei der Erhöhung der Tabaksteuer im Jahre 1879 war die Herstellung von 4 Pfg.-Zigaretten in den westfälischen Bezirken der Tabakindustrie nicht mehr möglich. Diese Industrie wanderte aus nach Süddeutschland, und in den westfälischen Bezirken, wo die Tabakindustrie damals 27 000 Personen beschäftigte, wurden Tausende von Arbeitern infolge der Steuererhöhung brotlos. Durch die jetzt geplante Steuererhöhung würde in diesen Bezirken nach Angabe der Fabrikanten auch die Herstellung der 5 Pfg.-Zigarette unmöglich werden. Diese Sorte macht 40 Proz. der gesamten Fabrikation aus. Kann sie nicht mehr hergestellt werden, dann würden wieder etwa 10 000 Arbeiter brotlos werden. — Es ist ein Skandal, daß der „christliche Staat“ solche Maßregeln ergreift, wodurch gerade die Ärmsten am schwersten betroffen werden.

Nach den Aufstellungen der Tabakberufsgenossenschaft beschäftigte die Tabakindustrie im Jahre 1903 in Deutschland 140 000 Arbeiter, die Arbeiter der Hilfsindustrien hinzugerechnet, beträgt die Zahl etwa 200 000. Einschließlich der Familienmitglieder der Arbeiter würden etwa eine halbe Million Personen in der Tabakindustrie ihre Existenz finden. Man kann annehmen, daß durch die Konsum- und Produktionsbeschränkungen, welche die Steuererhöhung zur Folge hat

40 bis 50 000 Arbeiter der Tabakindustrie brotlos

werden. Aber auch die Existenz zahlloser kleiner Fabrikanten und Händler würde der Vernichtung anheimfallen.

Besonders sind die Arbeiter und Arbeiterinnen der Tabakindustrie meist schwächliche Leute, die wohl kaum in einer anderen Industrie Beschäftigung finden. Schon jetzt sind ihre Löhne jämmerlich gering. Betrug doch nach den Angaben der Berufsgenossenschaft der durchschnittliche Jahresverdienst der Tabakarbeiter im Jahre 1897 nur 495 Mk., im Jahre 1903 533 Mk., während für die gesamten Berufsgenossenschaften aller Industrien ein durchschnittlicher Jahresverdienst von 819 Mk. festgestellt wurde. Welch entsetzliches Elend muß entstehen, wenn Zehntausende dieser Ärmsten ihrer kümmerlichen Existenz beraubt und nicht im Stande sind, in anderen Erwerbszweigen Unterfindung zu finden.

In der Denkschrift, welche der deutsche Tabakverein an den Reichstag richtete, wird die Mehrbelastung der Industrie durch die geplante Steuererhöhung einschließlich des Händlerzuschlages auf 55 Millionen Mark berechnet. Dazu kommen noch 5 Millionen Mark durch Erhöhung der Zölle auf eingeführte Tabakfabrikate.

Wenn wir die

Folgen der Erhöhung der Tabaksteuer

betrachten, so sehen wir: Das Fabrikat wird erheblich verteuert, das zwingt die Konsumenten, den Verbrauch einzuschränken, infolgedessen wird die Produktion eingeschränkt, die Zahl der in der Tabakindustrie Beschäftigten nimmt bedeutend ab, viele Tausende derselben werden brotlos, was gerade die Tabakarbeiter besonders hart trifft, weil es sich meist um physisch wenig leistungsfähige Personen handelt, die in anderen Zweigen wenig Aussicht auf Beschäftigung haben. Ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften in der Tabakindustrie ist somit zu bezeichnen und die schon so niedrigen Löhne werden noch tiefer sinken. Während also die Aussichten für die Tabakarbeiter die allertraurigsten sind, kommt noch hinzu, daß am 1. März der neue Zolltarif in Kraft tritt, dessen erhöhte Zollsätze eine Vertreibung der Lebensmittel bewirken. Unter diesen Umständen kann es nicht ausbleiben, daß die Armenlasten der Gemeinden steigen. Aber auch die Existenz vieler kleiner Fabrikanten und Händler wird vernichtet werden durch die

Maßnahmen einer Regierung, welche vorgibt, den Mittelstand zu schützen.

Warum greift die Regierung zu solchen Mitteln, um die Einnahmen des Reiches zu erhöhen? Einzig und allein deshalb, weil sie und die herrschenden Klassen der Meinung sind, Deutschland müsse Weltmacht treiben und zu diesem Zweck Meer und Flotte vermehren. Nun mag aber Deutschland noch so große Anstrengungen machen, es kann ihm nie gelingen, eine Flotte zu bekommen, welche derjenigen Englands gewachsen ist. Dazu kommt, daß unsere Diplomatie in der auswärtigen Politik es dahin gebracht hat, daß wir bei einem Kriege gegen England auch mit Frankreich als Gegner zu rechnen haben. Es ist aber, wie der Redner zahlenmäßig nachwies, für Deutschland ganz ausgeschlossen, in seinen Rüstungen zur See weiter fortzuschreiten wie diese beiden Staaten. — Die Arbeiter haben das größte Interesse, aufzutreten gegen solche Politik, welche fortgesetzte Steuererhöhungen nötig macht. Wenn die Arbeiter gegen diese Politik Protest erheben, so bedeutet das, daß sie einzutreten haben in die Reihen der Sozialdemokratie, welche am schärfsten gegen die Politik der herrschenden Klassen protestiert. Wenn das Sprichwort sagt: Not lehrt beten, so können wir auch sagen: die Not der Zeit lehrt denken, sie lehrt die Arbeiter begreifen, daß sie sich zusammenschließen haben in den Gewerkschaften und in den politischen Organisationen der Sozialdemokratie. Die Arbeiter müssen begreifen, daß sie die Interessen ihrer Klasse zu vertreten haben, wie die Unternehmer für die Interessen ihrer eigenen Klasse eintreten. (Lebhafter Beifall.)

Der Redner empfahl folgende Resolution:

Die Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die geplante Erhöhung oder Neueinführung von Steuern und Zöllen auf Tabakfabrikate. Diese Gesetzesvorlagen stehen in einem unlöslichen Widerspruch mit dem Schutze zugunsten der Arbeiterklasse und des Mittelstandes, der die Grundlage der deutschen Sozialreform bilden soll.

Die geplanten Steuern und Zölle sind ruinös für die Tabakindustrie und vernichtend für die Existenz von Zehntausenden von Arbeitern, die mitfam ihren Familien der Not und dem Elend preisgegeben werden; sie wirken aber auch lohnbrücker für diejenigen, die unter den neuen, bedeutend verschlechterten Erwerbsverhältnissen in der Tabakindustrie noch Beschäftigung finden; endlich werden diese Steuern und Zölle in der Hauptsache von den beschlossenen Klassen aufgebracht.

Die Versammlung fordert vom Reichstag, daß derselbe die ihm vorliegenden Gesetzesentwürfe ablehnt und die für erhöhte militärische Rüstungen zu Wasser und zu Lande nötig werdenden Mehrausgaben auf die Schultern derjenigen legt, zu deren Schutz und auf deren Verlangen diese Rüstungen gemacht werden, auf die Schultern der besitzenden Klassen durch Einführung direkter Reichsteuern auf Einkommen, Vermögen und Erbschaft.

Das ist — so schloß Genosse Bebel unter stürmischem Beifall der Versammlung — das Steuerprogramm, welches die Arbeiter dem Steuerprogramm der Regierung und der herrschenden Klassen entgegenzustellen haben.

Auf Vorschlag des Bureau's sah die Versammlung von einer Diskussion ab. Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende Börner teilte mit, daß sich ein am 29. d. M. stattfindender Tabakarbeiter-Kongress mit den Steuerplänen befassen werde.

Nach einer Aufforderung zum Eintritt in die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen schloß Börner die Versammlung mit einem Hoch auf das Gelingen der Bewegung gegen die Tabaksteuervorlage.

Lebhafte Hochrufe auf Bebel wurden aus der Versammlung ausgebracht.

Rundschau.

Protest gegen die geplanten Zollerhöhungen für Tabak oder fertige Fabrikate erhebt jetzt auch der Generalrat des Gewerkschaftsvereins der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter (Süddeutscher). Der Protestaufsatz enthält zunächst eine eingehende Würdigung der Gefahren, die die neue Steuer für die Tabakindustrie und ihre Arbeiterschaft mit sich bringen wird. Zum Schlusse heißt es:

„Der Gewerkschaftsverein der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter erklärt sich mit aller Entschiedenheit gegen die angelegten Tabaksteuerentwürfe wie überhaupt gegen jede Mehrbelastung des Tabaks und erhebt Einspruch mit der Begründung, daß dadurch die Ausbreitung der all-gemein schädlichen Heimarbeit gefördert und die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt wie der Verbrauch an Tabakfabrikaten eingeschränkt werde, und darum Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter und die damit verwandten Industriearbeiter die Folge sein müssen. Der Generalrat fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehrbelastung des Tabaks aufzunehmen und zu führen. Der Generalrat beschließt ferner, mit einem Aufruf an alle deutschen Gewerkschaften heranzutreten und die Unterstützung des Zentralrats in diesem gerechten Kampfe nachzusuchen. Es wird vorgeschlagen, daß an jedem Orte, wo Gewerkschaften sind, öffentliche Protestversammlungen abgehalten werden müssen. Die Tabakarbeiter sind die schlechtest entlohnten Industriearbeiter in Deutschland, hauptsächlich infolge der Steuerpolitik der Reichsregierung.“

Der Protest des Gewerkschaftsvereins der deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter ist dem Bundesrat überandt worden.

Gegen die Tabaksteuererhöhung erklärte sich auch die konservative Partei im Wahlkreis Herford-Halle (Westfalen). Sie beschloß in einer sehr zahlreich besuchten Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung einstimmig, sich gegen die Tabaksteuervorlage zu erklären und dies durch eine Entschließung an den Reichstag zum Ausdruck zu bringen. Auch soll eine Kommission nach Berlin entsandt werden, die an den zuständigen Stellen die Verhältnisse der Tabakindustrie des Wahlkreises schildern soll. Der konservative Abgeordnete des Wahlkreises hat erklärt, ebenfalls gegen die Tabaksteuer zu stimmen.

In Leipzig hat sich nunmehr auch der Genesfelderbund (Lithographen und Steinrunder) angeschlossen. Einige Tausend Arbeiter dieses Gewerbes sind bei der Herstellung der Tabakpackungen beschäftigt. Diese würden durch eine Erhöhung der Tabakindustrie stark in Mitleidenschaft gezogen werden. Dagegen wehren sich die Lithographen und Steinrunder auf das entschiedenste, denn sie wissen aus Erfahrung, daß die Zigarre jede Tabaksteuererhöhung zu tragen hat, folglich, daß viele hundert Lithographen überflüssig werden müßten, wenn die Tabaksteuer durchginge.

Von der Fabrikinspektion. Wir bliden heute auf eine siebenjährige Frauentätigkeit in der Gewerbeaufsicht zurück. Im Herbst 1898 ging Hessen mit der Anstellung zweier Assistentinnen voran. Es folgten Bayern, Württemberg und zur Jahrhundertwende Baden. Dem süd-deutschen Vorgehen kamen dann Preußen und Sachsen, einige kleinere Bundesstaaten, Hamburg und Bremen all-mählich nach. Gegenwärtig sind nach einer Zusammenstellung, die Helene Simon in der Kölnischen Volkszeitung gibt, 22 Frauen bei der deutschen Gewerbeaufsicht tätig. — In Baden ist für das folgende Etatsjahr die Anstellung eines Arztes innerhalb des Bereichs der Fabrikinspektion in Aussicht genommen. Der Arzt soll nicht nebenamtlich beschäftigt, sondern ebenso wie die technisch vorgebildeten Beamten Mitglied der Fabrikinspektion werden und den Titel und die Funktionen eines Gewerbeinspektors erhalten. Seine Aufgaben werden naturgemäß auf gewerbehygienischem Gebiet liegen. Die badische Fabrikinspektion tut damit einen neuen vorbildlichen Schritt vorwärts auf dem Gebiete der Ausbildung des Arbeiterchutzes, in dessen Dienst die Fabrikinspektion als wichtigstes Glied steht.

Eine freisinnige Deputation gegen städtische Arbeiter! Die städtischen Arbeiter von Breslau haben in einer mehr als tausendköpfigen Versammlung fünf ihrer Kollegen beauftragt, beim Magistrat um eine Feuerungs-zulage einzukommen.

Als diese Deputation am Tage nach der Beschlußfassung beim Oberbürgermeister vorsprach, wurde ihr eröffnet, daß sie vorchriftsmäßig um eine „Audienz“ nachzu-suchen hätte. Das ist sofort geschehen und eine Woche später, am Sonnabend, fand die Aussprache statt, nachdem der Oberbürgermeister den Verbandssekretär zurückgewiesen hatte. Im Fürstensaal des Rathhauses hatte der Oberbürgermeister mehrere Magistratsmitglieder und Betriebs-leiter versammelt, unter denen die Arbeiter ihre höchsten Vorgesetzten erkannten. Außerdem waren als Zuhörer eine ganze Anzahl Vorarbeiter, Aufseher und Unterbeamte aus den verschiedenen Verwaltungsstellen beordert.

Die Audienz endete damit, daß der freisinnige Oberbürgermeister Dr. Bender das Gesuch um Feuerungs-zulage rundweg ablehnte und den Sprecher der Deputation entließ!

Die Unterredung schloß nach der Breslauer Volksmacht: Arbeiter Mohaupt: Und außerdem wollte ich noch einmal fragen, Herr Oberbürgermeister, da wir zu dem Zwecke her-gekommen sind: Haben wir eine Feuerungszulage zu erwarten?

Dr. Bender: Nein, nein!
Mohaupt: Andere Städte haben doch auch Zulage bewilligt, zum Beispiel Berlin.

Dr. Bender: Da gehen Sie doch in andere Städte! Im übrigen müßten Sie, Mohaupt und Reichelt, doch froh sein, daß wir Sie überhaupt noch beschäftigen, denn Sie sind doch beide schwer bestraft!

Reichelt: Im Dienst nicht, Herr Oberbürgermeister.

Dr. Bender: Nein, aber privatim!

Reichelt: Es tut mir leid, Herr Oberbürgermeister, daß Sie mir das hier sagen!

Dr. Bender: Gehen Sie jetzt raus! (Reichelt folgt der Weisung.) Der Mann wird entlassen. (Zum Stadtbaurat Witz): Der Mann ist von heute ab entlassen!

Damit war die Audienz des „schlichten Mannes aus der Werkstatt“ bei dem freisinnigen Oberbürgermeister tat-sächlich beendet!

Als Reichelt abends nichtsahnend zur Nachschicht ins Gaswerk kam, wurde er vom Portier sofort zum dienst-habenden Betriebsassistenten gesandt. Dieser teilte ihm mit, daß er ihm eine „bedauerliche Eröffnung“ zu machen habe: Er sei auf höhere Anordnung gezwungen, Reichelt sofort zu entlassen und ihn das Werk nicht mehr betreten zu lassen. Es täte ihm, dem Herrn Assistenten, leid, Reichelt entlassen zu müssen, da er einer der ältesten und zu-verlässigsten Arbeiter sei. Aber der Weisung von oben müsse er leider Folge leisten. Er bat den Entlassenen, sich ruhig zu entfernen, denn es widerstrebe ihm, den alten Mann aus dem Werk hinausgeleitet zu lassen! Reichelt konnte darauf mit gutem Gewissen versichern, daß er ebenso ruhig gehen werde, wie er stets gekommen sei. Was auch geschah.

In einem Briefe an den Genossen Mehrlein vom 27. April 1905 hatte der Oberbürgermeister geschrieben:

„Wenn die städtischen Arbeiter Wünsche haben, werden sie dieselben selbst vorzutragen haben.“

Das ist am Sonnabend geschehen. Der Sprecher der Deputation aber, der noch am „Weihnachtsheiligabend“ im 24stündigen Schicht an verantwortungsvollem Posten für die Stadt Breslau frondete, sah am Silvesterabend ar-beitslos daheim bei seiner achtköpfigen Familie!

So löst der freisinnige Oberbürgermeister von Breslau sein Wort ein! So achtet er das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter!

An die Wahlstellen des 6. Ganes

(Mölnland und Birtenfeld).

Es wird dringend ersucht, die Sammlungen fortzu-setzen, damit wir unserer Aufgabe gewachsen sind. Einzelne Wahl-stellen haben noch keinen Bescheid, trotz starker Tabak-industrie am Orte, eingekandt. Diejenigen, welche eine Ver-sammlung vom 20. d. Mts. an wünschen, mögen unverzüglich sich beim Unterzeichneten melden. Es kommen nur Orte mit größeren Versammlungsorten in Betracht. Weiter mache ich aufmerksam bezüglich der vierteljährlichen Statistik, daß das Material so schnell wie möglich eingekandt wer-den muß. Zurückgeschickt wird es sofort wieder.

Der Gauleiter.

An die Wahlstellen des 12. Ganes.

Die Gaukonferenz findet am Sonntag, den 14. Januar, vor-mittags 11 Uhr, in Leipzig, Restaurant Stadt Gotha, Große Fleischergasse, statt. Die Delegierten werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.

Bekanntmachung.

Die Kommissionen des Agitationsbezirks Dresden werden dringend ersucht, bei Bedarf von Referenten zu Protestversamm-lungen gegen die geplante Tabaksteuer nicht bestimmte Tage fest-zusetzen, da es dann schwer, ja teilweise sogar unmöglich wird, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Vor Arrangement einer Protes-tversammlung ist es erwünscht, sich vorher mit uns in Verbindung zu setzen, damit wir bei Bedarf von Referenten besser in der Lage sind, zu verfügen. Die Kommission.

J. v. M. Piehisch, Dresden-M., Königsbrüder Str. 33.

In die Bevollmächtigten und die Öffentliche Kommission des II. Gaues!

Laut Beschluss der Konferenz ersuche ich die Kollegen, ihre Bestellung auf Flugblätter Nr. 3, soweit sie noch keine haben, an mich einzusenden, damit die Flugblätter im ganzen Gau zur Verteilung kommen.

Was die Versammlungen anbelangt, so hat Kollege Förster, Hamburg, zugesagt, die Agitationsstour zu übernehmen, aber erst in den Osterferien des Reichstages. Wenn an verschiedenen Orten früher Versammlungen stattfinden sollen, so bitte ich, es sobald wie möglich mit Zeitangabe zu melden, damit andere Redner bestimmt werden.

Erfurt, den 7. Januar 1906.

D. Wiefen, Blücherstraße 46.

Vereinstell.

Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftstotal: Hamburg-Itzehoe, Mozartstr. 5, 1. Ausschuss: D. Sidow, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Anselmannstr. 10.

Eingegangen: Köln 75 Mk., Dittensen 200 Mk., Altona 200 Mk., Reus 100 Mk., Rawitsch 100 Mk., Meiningen 100 Mk., Heibingsfeld 50 Mk. — Sterbefälle: Köln 12 Mk., Dittensen 150 Mk., Rostock 17.80 Mk., Verden 250.76 Mk., Rawitsch 4.55 Mk., Heibingsfeld 10.35 Mk.

Zuschüsse: Braunschweig 100 Mk., Orlau 50 Mk., Biebrich 50 Mk., Kassel 100 Mk. — Krankengeld: 72.50 Mk.

Hamburg, den 8. Januar 1906.

F. Otto.

Die Mitglieder der Sterbefälle P. Liebchen und Frau werden hiermit aufgefordert, die Beiträge für die Sterbefälle bis zum 20. Januar einzusenden, widrigenfalls mit diesem Tage der Ausschluss erfolgt ist.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Versendungen nur an W. Nieder-Woland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuss bestimmte Zuschriften sind an Emil Gilken, Altona, Pl. Lagerstraße 11a, part., zu adressieren.

Bekanntmachung.

An die Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes!

Nach uns gewordenen Mitteilungen und persönlicher Ueberszeugung sind in verfloßener Woche an alle Zahlstellen des Verbandes Flugblätter gesandt, dessen Inhalt sich mit der Absetzung des Kollegen R. Uhlig als besolbten Ortsbeamten in Dresden befaßt und aus diesem Grunde eine außerordentliche Generalversammlung zu propagieren sucht. Unterzeichnet ist das Flugblatt: „Die provisorische Kommission.“ Diese „provisorische Kommission“ ist eine Körperschaft, von der wir nicht wissen, wer sie gewählt hat und die vor allem keinen Anspruch darauf machen kann, im Namen der Mitglieder in Dresden zu sprechen.

Im Flugblatt selbst werden so unerhörte Unwahrheiten aufgeführt und so maßlose Anschuldigungen gegen den Vorstand und Ausschuss erhoben, die es begreiflich erscheinen lassen, daß die Verbandsleitung an dieser Stelle eine kurze Darstellung des ganzen Vorganges erfolgen läßt, um so einigermaßen dazu beizutragen, daß den Mitgliedern schon jetzt eine sachliche Prüfung des Dresdner Vorganges möglich sein wird.

Wir konstatieren heute, daß Uhlig wegen grober Pflichtverletzung seines Postens entlassen ist, die darin bestehen, daß Uhlig die während des Streiks der Dresdner Zigarettenarbeiterinnen gesammelten und an ihn abgelieferten Geldbeiträge von 19 Sammellisten in Höhe von 188.30 Mk. nicht als Einnahme buchte und von zwei Listen die wirklich erhaltenen Geldbeiträge in Höhe von 12.95 Mk. und 12.30 Mk. nur 7.95 Mk. und 5.95 Mk. als Einnahme buchte, mithin 5.— und 6.35 Mk., zusammen 11.35 Mk. zu wenig. Dazu fehlen 15 Sammellisten mit gezeichneten Geldbeiträgen, die zwar gebucht sind zum Teil sehr niedrigen Beträgen, die aber auf ihre Richtigkeit hin nicht geprüft werden können. Dazu fehlten 285 Sammellisten trotz mehrmaliger Aufforderung an Uhlig, diese einzulassen. Dazu kommt ferner, daß die Einnahmungen im Lokalkassenbuch darauf schließen lassen, daß entweder vorher ein anderes Kassabuch geführt worden ist oder aber die Kassaführung so vollzogen wurde, daß eine gründliche Prüfung der Lokalkasse überhaupt unmöglich geworden ist. Auch Beitragsmarken für freiwillige Beiträge hat Uhlig sich anfertigen lassen und in Betrieb gegeben, ohne daß er sie sich, wie eine geordnete Kassaführung es doch verlangt, von der bestehenden Kontrollkommission hätte zählen lassen.

Auf Grund dieser Vorgänge ist die Amtsentsetzung Uhligs seitens des Ausschusses im Einverständnis des Vorstandes erfolgt.

Eine weitere genaue Revision der Verbandskasse hat nun dazu ergeben, daß in der Verbandskasse 1216.35 Mk. fehlen, die sich zusammensetzen aus 1092.— Mk. Einnahme aus der Lokalkasse zur teilweisen Unterstützung der gemäßigten Zigarettenarbeiterinnen in der siebenten Woche nach dem Streik und 124.35 Mk. aus Verbands-einnahmen. Ein Verzug seitens des Vorsitzenden des Verbandes, das Lokalkassenbuch noch einmal dahin zu prüfen, ob Uhlig aus der Lokalkasse dem Verbandskasse wirklich 1092.— Mk. hat überführen können, scheiterte, da die „provisorische Kommission“ den Kollegen Eb. Gebauer, der das Buch im Besitze hat, durch Beschluss zu bestimmen gewußt hat, dem Vorsitzenden des Verbandes keine Einsicht zu gestatten. Daraufhin ist nicht allein die Streichung Uhligs aus der Verbandsliste vollzogen, sondern auch bei der Staatsanwaltschaft in Dresden Anzeige wegen Veruntreuung von Verbandsgeldern erstattet worden.

Das Mitglied Peter Schäfer aus Lorch, Buch Nr. 33478 (aufgenommen am 1. 1. 05), ist ohne Abmeldung von Reinheim abgereist. Derselbe hat 1 Mk. Strafe zu zahlen und wollen die Bevollmächtigten den Betrag eingelehen.

An die Bevollmächtigten.

Der Verband der neuen Statuten und Beitragsmarken ist vollzogen. Zahlstellen, die nun nicht hinreichend mit Statuten und Beitragsmarken bedacht sein sollten, werden ersucht, dem Vorstande davon schleunigst Mitteilung machen zu wollen, damit das Veräumte gleich nachgeholt werden kann.

Das Generalversammlungsprotokoll ist in Druck gegeben und wird ebenfalls demnächst sofort zum Versand gelangen.

Das überfandte neue Statut tritt mit dem 1. Januar, laut Beschluss der Leipziger Generalversammlung, in Kraft. Wünschenswert und erforderlich ist es nun, daß alle Mitglieder des Verbandes aufgefordert werden, die Beitragsrechte nach den Satzungen des alten Statuts möglichst schnell zu begleichen. Der übrigbleibende Teil der Beitragsmarken ist, nachdem die Reste beglichen sind, an den Vorstand einzusenden.

Gleichfalls ersuchen wir, die Abrechnung vom 4. Quartal 1905 aufzustellen und einsenden zu wollen.

Bremen.

Der Vorstand.

Vom 3. bis 9. Januar 1906 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

Nr.	Ort	Mk.	S.	Nr.	Ort	Mk.	S.
2.	Januar. Salza	300.—		3.	Schwefingen	150.—	
2.	Erdmannsdorf	65.—		4.	Klein-Wechungen	40.—	
2.	Düffeldorf	50.—		4.	Stötteritz	90.—	
2.	Rawitsch	100.—		4.	Klein-Nußheim	174.71	
2.	Itzehoe	50.—		5.	Osterode a. S.	100.—	
2.	Peterswaldbau	100.—		6.	Wandsbeck	200.—	
2.	Altenburg	100.—		6.	Bredstedt	120.—	
2.	Borgstedt b. Rendsburg	25.—		6.	Liebschütz	50.—	
3.	Hastorf	250.—		7.	Hartha i. S.	100.—	

B. Freiwillige Beiträge:

3.	Januar. Danabück, durch R. Weidmann	14.40
7.	Herzberg a. S., durch S. Tiedemann	24.50

C. Für Protokolle der Generalversammlung:
2. Januar. Erdmannsdorf, Krauß —.20

D. Für Abonnement des Tabak-Arbeiters:
2. Januar. Kopenhagen, D. Jørgensen 1.40

Der Beschluss der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassieren nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht. Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen. Ersuche die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 9. Januar 1906.

W. Nieder-Woland, Kassierer.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für Braunschweig: E. Burgold als 1. Bev., W. Meyer als 2. Bev., P. Kühnel als 3. Bev.; S. Weber, G. Meyer, S. Werke als Kontrollleure.

Für Goslar: August Meyer als 1. Bev., Hermann Wassermann als 2. Bev., Friedr. Hellbauer als 3. Bev.; Hartmann, Böcker, Methe als Kontrollleure.

Für Itzehoe: Karl Grüne als 1. Bev., R. Schulte als 2. Bev., Aug. Uhlte als 3. Bev.; Gustav Sprengel, Wilhelm Lüters, Wilhelm Uhlte als Kontrollleure.

Für Klein-Nußheim: Val. Jos. Heizinger als 1. Bev., Peter Joseph Bauer als 2. Bev., Peter Heizinger als 3. Bev.; Bernhard Simon, Joh. Georg Heizinger, Lorenz Barenreiter als Kontrollleure.

Für Liebschütz: Andreas Mahr als Vertrauensmann.

Für Neumarkt i. Schl.: Wilhelm Schulte als 1. Bev., Joh. Müller als 2. Bev., Ernst März als 3. Bev.; Gust. Kuhnert, Artur Beschmitt, Herm. Vater als Kontrollleure.

Für Peterswaldbau: Karl Hoffmann als 1. Bev., Alb. Künze als 2. Bev., Joh. Tige als 3. Bev.; Aug. Gewandt, Ufr. Hoffmann, Herm. Gottwald als Kontrollleure.

Für Rellingen: Aug. Borchers als 1. Bev., S. Schandorf als 2. Bev.; H. Schlüter, E. Wegner als Kontrollleure.

Für Sprengel: Heinr. Rothhoff als 1. Bev., Heinr. Borgstädt als 2. Bev., Wilh. Borgstädt als 3. Bev.; Fritz Brinmann, Heinr. Kleer als Kontrollleure.

Für Sulzinger: A. Wolter als Kontrollleure.

Für Trebbin: Otto Jekken als 1. Bev., Herm. Ebel als 2. Bev., A. Berner als 3. Bev.; Anna Jänike, Martha Lehmann, Wilhelm Winter als Kontrollleure.

Provisorisch aufgenommen sind:

Elzette Schme aus Wandsbeck, Alfred Winkler aus Spremberg (3. R.). (312)

Wilh. Heiderbeck aus Hunnebrock, Herm. Möllering, Herm. Ellermann, August Wehler, Wilhelmine Ellermann, Wilh. Kleinweber, Wilh. Sudroff, Wilhelm Kabe aus Berßen, Heinrich Höner aus Brate, Ludwig Bartelbort aus Enger, Herm. Frölsdorf, Herm. Niemeier aus Hüder-Aischen, Herm. Niemeier aus Hüder. (55)

Katharine Bessler aus Neuslingen. (119)

Georg Klausen aus Heide, Anna Solt aus Bredstedt. (148)

Hermann Dörbecker, Siegmund Brill, Alfred Brill aus Rinteln, Fr. Wilhelm Bruchmann aus Ahle bei Bünde. (396)

Robert Schulte aus Bernburg. (162)

Johanne Schulz aus Habersleben. (156)

Wilhelm Wilsdorf aus Döbeln. (807)

Anna Lehmann geb. Kreische aus Dahme (3. R.). (68)

Emma Kamman aus Osterode a. S. (189)

Frau Greifbahn geb. Hagemeister aus Artmannshagen. (20)

Joseph Babel aus Falkenberg. (265)

Kaver Schmieder aus Mühlenbach (3. R.), Johanna Kropp aus Kaiserslautern. (160)

Marie Schüle, Anna Bastian, Martha Lorenz, Wilh. Richter aus Trebbin (3. R.). (346)

Gertrud Schmidt aus Prenzlau, Emma Goldmann aus Stallberg (b. 3. R.). (272)

Heinr. Weh hörer, Fritz Wehnhörer aus Bünde, Herm. Müntzmann, Karl Linke, Wilh. Großhaus, Herm. Linke aus Spradow, Aug. Schuller aus Buxtehde, Emilie Bresser aus Siedlengern, Alwin Wehl, Heinrich Bonick aus Holfen, Heinr. Schröder aus Dünne, Heinrich Henning, Fritz Stoppotte aus Hunnebrock, Marie Restemeyer aus Benien, Heinrich Budt, Ernst Enseler aus Ahle, Gottlieb Restemeyer aus Weisklüber. (25)

Wilh. Beck aus Mülhaußen (3. R.). (214)

Aug. Uhlmeier, August Giebelmann aus Niederbergen. (289)

Wilh. Kutsche aus Neumarkt i. Schl. (3. R.). (281)

Karl Fabrie, Louis Fabrie aus Nlotho. (852)

Joh. Albrecht aus Stolp i. Pommer. (354)

Otto Glot aus Grunewald, Joh. Stolte aus Brate (3. R.), Aug. Becker aus Trögen bei Hardegen. (347)

Arno Saupe aus Rositz, Ida Dorek, Klara Markgraf aus Pölsig. (280)

Herm. Schaumann aus Heffisch-Obendorf. (44)

Philipp Schlüter aus Deynhausen, Rielchen Schröder aus Rehme. (289)

Berichtigung. In Nr. 53 des Tabak-Arbeiter muß es unter „Provisorisch aufgenommen sind“ heißen: Karl Hannemann (statt Hamann) aus Jüterbog. (68)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen.

Der Vorstand.

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:

In Goslar a. S.: Durch Aug. Meyer, Dedeleberstraße 4. An Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

An Sonn- und Festtagen von 11—1 Uhr mittags.

In Trebbin: Durch Herm. Ebel, Schützenstr. 5. Von 12 bis 1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends.

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:

In Goslar: Dedeleberstraße, Ecke Kornstraße.

In Trebbin: Durch Herm. Ebel, Schützenstr. 5. Die Auszahlung erfolgt Sonnabends von 6—8 Uhr abends.

Adressenänderung:

Für Einwendungen: Alle Zuschriften sind zu senden an Karl Zimmermann, Neustraße 30.

Für Goslar a. S.: Der 1. Bev. Aug. Meyer wohnt Dedeleberstraße 4; — der 2. Bev. S. Wassermann wohnt Dedeleberstraße.

Für Neusalz a. O.: Der 1. Bev. Anton Rogmann wohnt jetzt Kirchhofstr. 12, I.

Für Peterswaldbau: Alle Zuschriften sind an Karl Hoffmann (Zigarettenfabrik) zu richten.

Für Salza: Der 1. Bev. Herm. Weinrich, Nordhäuserstr. 152.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht unsere Versammlungen zahlreich!)

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

In Altona (Westf.): Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe Neuhaus (Stadt-Ferlohn). Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Wahl der Delegierten zur Kreisgewerkschafts-Konferenz. 3. Verschiedenes. — Die nach hier steuernden Mitglieder sind besonders eingeladen.

angelegenheiten. 4. Verschiedenes. — Gleichzeitig werden die Kollegen ersucht, ihre Reste zu begleichen, weil die Abrechnung fertiggestellt werden muß und mit diesem Jahre das neue Statut in Kraft getreten ist.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Kottbus**: Mittwoch, den 24. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn R. Keil. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Die verbleibenden Mitglieder werden ersucht, bis spätestens Sonnabend, den 20. Januar, ihre Reste zu begleichen, da die alten Marken abgeliefert werden müssen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

In **Nieder-Salzbrunn**: Sonntag, den 21. Januar, abends 7 Uhr, in der Brauerei zu Nieder-Salzbrunn. Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

1. Abrechnung vom 4. Quartal. — Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Bischofswerda. Sonntag, den 14. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet eine Besprechung in der Grünen Linde statt. Tagesordnung: Abrechnung der Tabaksteuer-Kommission und Auflösung derselben.
Der Obmann: Karl Hielscher.

Eger. Ersuche die Kollegen, umgehend die Beiträge einbringen zu wollen, damit die Abrechnung zum 4. Quartal fertiggestellt werden kann. Eine Mitglieder-Besprechung findet am Sonntag, den 21. Januar, nachmittags 5 Uhr, bei E. Brüggemann statt. Zu dieser Besprechung sind alle Mitglieder eingeladen; es sind viele Kollegen da, die noch nie zu einer Besprechung dagewesen sind. Am

14. Januar findet bei E. Brüggemann eine Protest-Versammlung statt, in der Kollege Antrich referiert. Bitte, alle erscheinen.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Goldberg i. Schl. Die nach hier steuernden Mitglieder werden ersucht, ihre Reste zu begleichen, da Sonntag die Abrechnung stattfinden muß.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Zehdenick. Der Antrag des Kollegen Robert Schneider aus Friedrichshütte auf Stundung der Restbeiträge ist vom Vorstand abgelehnt worden. Der Kollege Schneider hat den Rest innerhalb 4 Wochen zu zahlen. Das Buch, Ser. I, 28948, soll eventuell an den Vorstand geschickt werden.
S. A.: Der Bevollmächtigte.

Achtung! Tabakarbeiter von Schwetzingen.

Am Sonntag, den 14. Januar 1906, nachmittags Punkt 2 Uhr, findet im Gasthaus zum Waldhorn in Schwetzingen eine

Oeffentl. Protestversammlung

gegen die Tabaksteuer statt, zu der wir die Tabakarbeiter und Arbeiterinnen sowie die Tabakproduzenten und Interessenten von Schwetzingen und Umgebung freundlichst einladen.

Tagesordnung:
Die Tabaksteuer und ihre wirtschaftliche Folge für die ganze Tabakindustrie.

Referent: Herr Gauleiter **Krohn-Speier**.
Zu dieser Versammlung ist jedermann höflichst eingeladen. Das Komitee.

Albert Steen, Bremen.

Roh-Tabak zur Zigarren-Fabrikation.
Schneeweiß und flott brennende **Sumatra-Decken** in großer Auswahl. **Brasil, Java, Havanna, Mexiko, Vorstenlanden** und **Domingo** in hochfeiner, tabelloser Beschaffenheit zu bekannt billigen Preisen.
Losgut 1a sehr blattig, hochfeine Mischung, mit viel Feltz u. Havanna 80 ¢
Losgut 2a blattig und fein, schöne Mischung mit Havanna 75 ¢
Versand gegen Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen.

Von neuen Einkäufen empfehle als ganz besonders billig und vorteilhaft:
Vorstenland-Decker, 2 Länge Vollblatt, hell, zart, leicht, enorme Deckkraft, schneeweiß Brand, 220 Pfg.; **braune Farben** 160 Pfg. — **Borneo-Decker**, 2 Länge Vollblatt, von hellbrauner Farbe, ausprobierte Deckkraft 1 1/2 Pfund pro Mille, 200 Pfg.; **dunkele Farben** 120 Pfg. — **Sumatra-Decker** in allen Farben und Längen, schneeweiß und flott brennend, 120, 150, 160, 180, 200, 220, 250 getigert, 300 bis 450 Pfg. — **Sumatra-Umblatt**, sehr leicht und zugeft, brennt als Decker weis, 120 Pfg. — **Java-Umblatt** 85, 90, 100, 105 Pfg. — **St. Felix-Brasil-Decker**, braune Farben, sehr ergiebig und schneeweiß brennend, 160, 180, 120 Pfg.; **Decker und Umblatt** 110 Pfg.; **reines Umblatt** 105, 100 Pfg.; **Umblatt und Einlage** 90, 85 Pfg.; **Einlage** 80, 75 Pfg. — **Seedleaf-Umblatt** 100, 90, 80, 75 Pfg. — **Jara-Cuba, Decker und Umblatt**, feinste Qualität 160 Pfg.; **Einlage** 120 Pfg. — **Domingo-Umblatt** 100, 90, 85, 80 Pfg. — **Carmen-Umblatt**, zart und breitblättrig, 100, 90 Pfg. — **Havanna**, große Original-Malotten, 85, 130, 150, 200, 250, 300, 450 Pfg. — **Mexiko** 130, 150, 300, 350, 400 Pfg. — **Losgut**, meist Umblatt, als: **Brasil, Java, Domingo, Seedleaf, Carmen, Havanna** 80 Pfg., **Paraguay** 80 Pfg.

Neue schmiedeeiserne Formenpressen
inkl. Holzfuß und Drehbrett, mit unzerstörbarem Flachgewinde und Mutter-verschraubung 6.50 Mk., mit Spitzgewinde 5 Mk.

Gebrauchte Wickelformen
sehr gut erhalten, als: schräge, halb-schräge und gerade Fassons, 30 bis 100 Pfg. Schiffschen-Abdrücke hiervon versende sofort gratis und franko.

Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware pro Pfund 300 Pfg.
Zigarrenband, gelbe Halbseide pro 50 Meter-Rolle 150 Pfg.
Tabakpreise per Pfund verzollt. — Versand nur unter Nachnahme.

J. H. Koopmann, Bremen
Fernsprecher 3946. Neustadtswall 36. Fernsprecher 3946.

Roh-Tabak

zur Zigarrenfabrikation offeriert zu billigsten Preisen
Hans Wittig, Bremen.

Verband unter Nachnahme. Kredit nach Uebereinkunft.

En gros. Rohtabak En détail.

F. W. Helmecke, Magdeburg.
Grosse Auswahl! Billigste Preise!
Preisliste gratis und franko.

Borrmann & Linneweber

Bremen-Freibezirk.

Von großen Einkäufen empfehlen wir folgende außerordentlich billige und durchaus gesunde Tabake:

Sumatra-Decker in allen Längen und Farben 150—300 Pfg., durchweg tabellos in Blatt und von hochfeinem Brand. **Sumatra-Umblatt** 115—125 Pfg. **Vorstenland-Java-Decker**, edle Marken, von schönem Brand und Geschmack, 200—230 Pfg. **Java-Umblatt und Einlage** 85—130 Pfg. **St. Felix-Brasil**, gutliefernd und weis brennend, 120—200 Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlagen** von 80—120 Pfg. **Domingo-Umblatt**, groß und feinblättrig, gesund, 90, 100 und 110 Pfg. **Carmen-Umblatt**, trocken und leicht, 85—110 Pfg. **Carmen-Einlage** 75—85 Pfg. **Seedleaf-Umblatt** 90—115 Pfg. **Havanna-Aufarbeiter**, sehr viel Deckblatt enthaltend, blütenweiß brennend, von herrlichem Geschmack, 225—300 Pfg. **Losblatt**, gesunde, tabellose Tabake, garantiert rein überseisch, 80 Pfg. **Losblatt, Umblatt- und Einlage-Mischung**, von nur feinen **Original-Tabaken**, 85 Pfg.

Gefällige Aufträge werden prompt erledigt. Die Preise verstehen sich per Pfund verzollt. Versand nur unter Nachnahme.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstr. 135.
Gegründet 1879.

Sieben erschienen
Neuester Katalog
über alle
Deck-Tabake
mit vielen
Gelegenheits-Offerten.
Fordern Sie sofort
Franko-Zusendung.

Nicolaus Beck

Dampfsägewerk u. Zigarrenkistenfabrik
Burg bei Bremen.

Lieferung von Zigarrenkistenbrettern aus Eichen- und Erlenholz und Anfertigung fertig ausgestellt. Zigarrenkisten. Auf Wunsch sende ich sofort Muster von Zigarrenkisten-Ausstattungen mit Angabe der Preise für fertige Kisten.

Noch nie Rippen-Tabake

sind in gleichervorrag. Qualität zu Zigarren-Einlagen, wie zu Rauchtaketen, so unglaublich billig lohnweise bearbeitet, wie auch unter sehr kulanten Bedingungen, in Umtausch angenommen, und billig abgegeben worden. Kaufen Sie nicht, oder vergeben Sie nicht früher zur lohnweisen Bearbeitung Ihre Tabake, bevor Sie unsere Offerten und Muster in Händen haben.
Lohn-Tabak-Schneiderei
Tabakfabriken
Gebr. Weckmann
Etgersleben F. (Bez. Magdebg.).

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke 135, 150, 160, 200, 210, 225, 250, 275, 300, 350, 375, 500, 550 ¢
Sumatra-Umblatt 115, 125, 130, 150 ¢
Vorstenland-Decke 125, 150, 175, 225 ¢
Java 85, 90, 100, 115, 120, 125, 130 ¢
Brasil 80, 95, 100, 105, 110 bis 200 ¢
Carmen, Domingo 85, 95, 110 ¢
Cuba 100, 300. — **Havanna** 110, 125, 200, 300
Mexiko-Decke (San Andres) 150, 400 ¢
Pa. Losgut 80 ¢, **Paraguay** 85, 150 ¢
Inländische Tabake 70, 75, 80 ¢
Preise ausgemogen m. 3% Cassa-Sconto.
Kredit nach Uebereinkunft.
Wickelformen, neu, sehr Fassons, nur 160 ¢
Utensilien, Rollbretter, Messer, Laok Traganth, Band, Etiketten, Papier.
Pressen, Drehmaschinen, Bündelbände bill.
S. Hammerstein Filiale
Vertreter: Gustav Boy
Berlin N., Brunnenstr. 183.

Achtung!!!

Sumatra - Decke
Amsterdam Deli, zweite Länge, hell b. mittelfarben, per Pfd. 2.40 Mk.

Hochf. Sumatra-Umblatt
dritte Länge Vollbl., per Pfd. 1.20 Mk.

Seedleaf, leicht und zartblättrig per Pfd. 1.— Mk.

Hengfoss & Maak
Altona-Ottensen
Fil.: Berlin N., Brunnenstr. 190.

Tabakrippen

kauft D. Finkler, Scheessel.

Kaufmann & Co.
Rohtabakhandlung
Bremen.

P. Andlauer

Schlettstadt, Elsass.
Aus- u. inländische Zigarrentabake aller Art
Spezialität: Elsässer.

Franz Metzler, Bremen

Detail-Verkauf zu Engros-Preisen.

Sämtliche Tabake haben unter Garantie tabellosen Brand und gute Qualität.
Losgut (Prima-Sortierung) von 75 Pfg. an
Sumatra-Decker, helle Farbe, tabell. Brand, gr. Deckkraft " 160 " "
Sumatra-Umblatt " 100 " "
Vorstenlanden-Decker, hellbraun, Deckkraft 2 Pfd. " 170 " "
Java-Bezoeki, fein in Brand und Qualität " 85 " "
Brasil, Felix von 85, 95 und 105 " "
Carmen, Seedleaf, Domingo, Umblatt und Einlage 85, 95 und 100 Pfg.
Cuba 130 Pfg., **Brasil, Decker** 150 Pfg., **Havana**, Decker 250 Pfg.
Preise per Pfund verzollt, nur unter Nachnahme.

Leon Weil, Speyer a. Rh.

altbewährte reelle Bezugsquelle für

Rohtabake zur Zigarrenfabrikation

offeriert unter Garantie für gute Qualität und guten Brand:
Sumatra-Decke von Mk. 1.50 an, **Vorstenlanden-Umblatt** und **Decke** von Mk. 1.20 an, **Domingo** und **Carmen** von 90—120 Pfg., **Brasil-St. Felix** von 85—140 Pfg., **Pfälzer** und **Bühlerthaler** von 65—80 Pfg.
Preise verzollt. Postkollt unter Nachnahme.

! Roh-Tabake!

und sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation kauft man am besten und billigsten bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54
Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Brände.
Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fassung stets am Lager.

Preisliste 22 mit ca. 1000 Abbildungen kostenlos sofort!

Roh-Tabak-Versand. Ausnahme-Offerte.

St. Felix-Brasil, Aufarbeiter, meist Decke, 110 Pfg. per Pfund, bei 10 Pfund 105 Pfg.

f. Sumatra-Decke, 2 Länge Vollblatt, 2 Pfund Deckkraft, mittel bis hellbraun, 130 Pfg. per Pfund. — 2 Länge Stückblatt, 2 1/2 Pfund Deckkraft, 135 Pfg. per Pfund.

f. Java-Einlage 80 Pfg. per Pfund.
Alle anderen Sorten preiswert.
Fordern Sie Preiskurant.

H. C. A. Jensen
Hamburg, Katharinenstrasse 43.
Filiale: Ottensen, Kleine Rainstrasse 8.

Sumatra

hell, tabelloser Brand, größte Deckkraft, per Pfd. nur 3 Mk.; prima Losblatt per Pfd. 85 Pfg.; hochfeinen **St. Felix-Brasil** nur 95 Pfg. per Pfd. empfiehlt

Carl Roland, Berlin SO.
Kottbuser Strasse 3a.

Roh-Tabak

en gros — en détail
Schütze & Kühne
Leipzig
Nürnberger Strasse 22.

Roh-Tabak.

Feinste Deli-Decke
Nr. 5481
rötlich-braune, reine Farben, gutes Vollblatt
à Mk. 1.50 per Pfund verzollt.

Kredit nach Uebereinkunft.
Größtes Lager in Wickelformen.

W. Hermann Müller
Berlin O., Magazinstr. 14.

Hienfong Essenz

extra stark, für Wiederverkäufer, 1 Duzend Mk. 2.50 (30 Flaschen Mk. 7.—, tostenfrei überallhin). **Laboratorium P. Seifert, Dittersbach Nr. 57, bei Waldenburg (Schlesien).**

Die Herren Bevollmächtigten, in deren Bereich sich der Zigarrenmacher **Wilhelm Apelt** aus Schwiebus befindet, werden gebeten, seine Abreise dem Unterzeichneten so schnell als irgend thunlich zugehen zu lassen wegen wichtiger Familienangelegenheiten. Porto wird gern vergütet.
Otto Behrendt
Ludenwalde, Mittelstr. 14.

Aug. Hestermann aus Petershagen a. d. Weser, wo steckst du? Dein Bruder Wilhelm tot. Um deine Adresse bitten
Deine Eltern
Petershagen a. d. Weser.

Herzliche Gratulation.

Unsern treuen Kollegen **Elise Kessler** rufen wir zu ihrem am 4. Januar 1906 stattgefundenen Hochzeitsfest ein dreimal donnerndes Hoch aus, so daß es in Haslach i. S. schall und in Wittenberge a. d. E. wiederhallt. Wir haben beim Faße so lustig und froh und gedachten des Sappels Nachsalo: „Si hi hi hi!“

Die Kollegen und Kolleginnen der Zigarren-Fabrik Giesler in Haslach W. Sch. L. Sch. X. Sch. L. W. K. G. W. M. J. M. F. M. T. M. S. M.

Codes-Anzeigen.

Am Freitag, den 5. Januar, verstarb unser langjähriges Mitglied, der Kollege **Philipp Ermeling** aus Verden nach kurzem schwerem Krankenlager. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Vredstedt!

Am Sonntag, den 7. Januar, verstarb nach langem Leiden unser Mitglied, Frau **Anna Wagner** geb. **Karod** aus Vacha. Ein ehrendes Andenken bewahren ihr Die Mitglieder der Zahlstelle Erfur!

Briefkasten.

Behrendt, Ludenwalde 90 Pfg. Kollegen der Zigarrenfabrik Giesler in Haslach 1 Mk. 50 Pfg.

Deutscher Tabakarbeiterverband.

In Dresden soll sobald wie möglich, die Stelle des ersten festbesoldeten Ortsbeamten besetzt werden. Das Jahresgehalt beträgt 1800 Mark. Der Verband zahlt außerdem die Hälfte des Beitrages zum „Berein Arbeiterpresse“ und die Beiträge für die Invalidenversicherung und den gesetzlich verpflichtenden Teil für die Krankenversicherung.

Bewerber, die der Tabakbranche angehören und redigiert sein müssen, wollen ihre Bewerbung, versehen mit einem kurz gefaßten Aufsatz über ihre bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, bis zum 24. Januar 1906 bei **Karl Reichmann, Bremen, Marktstraße 18, II.** einreichen.

Der Ausschuss Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes.

Zur Information des neuen Statuts.

I.

Für die Bevollmächtigten des Verbandes sollen nachstehend einige Erläuterungen gegeben werden darüber, wie die einzelnen Paragraphen zu verstehen und auszulegen sind und wie die Verbandsgeschäfte gehandhabt werden sollen. Selbstverständlich kann dabei nicht jeder Paragraph oder Absatz des Statuts Berücksichtigung finden; nur solche werden berücksichtigt, die leicht zu falscher Auslegung führen bzw. leicht Mißverständnissen ausgesetzt sind. Zu den Paragraphen, die unberücksichtigt bleiben können, gehört der § 1. Er spricht ja zu deutlich, daß durch Zusammenschluß aller Tabakarbeiter und Arbeiterinnen die Interessen letzterer nach Maßgabe des § 152 der Reichsgewerbeordnung geschützt und gefördert werden sollen und diese Tätigkeit besonders noch unterstützt und erfolgreicher gestaltet werden soll durch unentgeltliche Lieferung des Verbandsorgans und Gewährung von Rechtschutz, Streit- und Gemahregelunterstützung, Arbeitslosenunterstützung, Umzugsunterstützung, Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung und Sterbeunterstützung. Wir übergehen diesen an und für sich recht wichtigen Paragraphen deshalb und wenden uns dem

Paragraphen 2

zu. Dieser Paragraph behandelt den Beitritt. Alle in der Tabakindustrie, wie Zigarrenfabrikation, Zigarettenfabrikation, Rauchtabakfabrikation, Schnupftabakfabrikation und Rauchtobakfabrikation beschäftigten Personen können Mitglied des Verbandes werden, soweit gegen deren kollegialisches Verhalten nichts einzuwenden ist und soweit sie durch Unterschrift des Statut und alle die aus demselben sich ergebenden Bestimmungen für sich als rechtsverbindlich anerkennen. Die erwähnte Unterschrift ist zu leisten auf Seite 2 des Mitgliedsbuchs, wo es heißt:

Erklärung.

Hiermit bekenne ich, daß mir die Statuten des Deutschen Tabakarbeiter-Verbands bei meinem Eintritt in denselben bekannt waren und ich sie als rechtsverbindlich für mich betrachte. (Unterschrift.)

Eine schwere Anklage.

Zum Weltkongreß der Tuberkulose.

Eine schwere Anklage erhebt Max Nordau, der nicht bloß Schriftsteller, sondern auch als praktischer Arzt in Paris lebt, gegen eine Reihe medizinischer Korporationen und gegen die Leitung des jüngst in Paris stattgefundenen Weltkongresses der Tuberkulose in der Wiener Neuen Freien Presse, so schwer und mit einer solchen Fülle von Tatsachenmaterial belegt, daß die Angegriffenen wohl oder übel sich dazu werden äußern müssen.

Es handelt sich, kurz gesagt, um ein bereits seit einigen Jahren entdecktes und nach Nordaus Ausführungen jedenfalls sehr beachtenswertes Serum gegen die Tuberkulose, das von der offiziellen medizinischen Welt beharrlich ignoriert, ja angefeindet wird, und zwar, wie der Ankläger behauptet, keineswegs aus ehrenwerten Motiven.

Nordau schildert einleitend die Zuchtbarkeit der Tuberkulose, dieses gewaltigsten Würgers auf Erden, der jahraus jahrein viel mehr Opfer fordert als Kriege und andere Seuchen. Er konstatiert sodann, daß die ärztliche Kunst den schwereren Formen derselben vollständig ohnmächtig gegenübersteht und versichert, daß dieser Bankrott der medizinischen Wissenschaft kein Berufsgeheimnis der Mediziner mehr sei. Der Vorsitzende des Weltkongresses, der alte Professor Gerard, habe in seiner Eröffnungsrede das trostlose Geständnis abgelegt: „Alle unsere Bemühungen, dem Krankheitserreger im erkrankten Menschen beizukommen, sind ergebnislos geblieben. Wir müssen unsere Anstrengungen der Krankheitsverhütung zuwenden, gegen Ueberanstrengung, Wohnungselend und Trunksucht ankämpfen, die den Menschen schwächen und dadurch für die Tuberkulose empfänglich machen.“ 3500 Aerzte aus beiden Welten, fast alle Spezialisten der Tuberkulose, hörten die Worte aus dem Munde eines ihrer Oberpriester, ohne Einspruch dagegen zu erheben. Auch die Heilstättenkur soll nach der Ansicht vieler Kongreßredner gar nichts leisten.

Nun habe aber der Bakteriologe am Pariser Pasteur-Institut, Dr. Alexander Marmorek, schon 1898 ein Serum hergestellt, das Tiere gegen die Tuberkulose fest machte und erkrankte Tiere, sofern das Uebel nicht schon zu weit vorgeschritten war, heilte. Fünf Jahre lang überwand Marmorek seinen im Interesse der Kranken Menschheit heißen Drang der Veröffentlichung, um nicht Hoffnungen zu erwecken, deren Erfüllung ihm noch nicht ganz gewiß

Der Absatz 2 des § 2 des Statuts ist nun so aufzufassen, daß alle sich vom 1. Januar 1906 ab zum Beitritt meldenden Tabakarbeiterinnen und Lehrlinge nur in die Klasse I (Beitrag 30 Pfg.) und alle übrigen Tabakarbeiter nur in Klasse III (Beitrag 40 Pfg.) aufgenommen werden dürfen. Beabsichtigt nun ein Mitglied, welches der Klasse I beigetreten ist, der Klasse II, der höchsten Klasse für Tabakarbeiterinnen und Lehrlinge, beizutreten, also 40 Pfg. Beitrag zahlen zu wollen, so hat es ein Gesundheitsattest beizubringen. Dasselbe gilt auch für die nach dem 1. Januar 1906 eingetretenen Mitglieder der Klasse III, soweit sie beabsichtigen, in eine der Klassen IV, V, VI oder VII übertreten zu wollen. Auf Mitglieder, die, von ihrem Eintritt an gerechnet, bis zum 1. Januar 1906 dem Verbandsangehörigen und weiter fort angehören, finden die Uebertrittsbestimmungen des Abs. 2 des § 2 des Statuts keine Anwendung; sie können folglich einer höheren Klasse ohne Beibringung eines Gesundheitsattestes beitreten.

Ebenso findet auch die Rücktrittsbestimmung des Absatz 3 des § 2 des Statuts nur auf die Mitglieder Anwendung, die vom 1. Januar 1906 ab angedröhnet, dem Verbandsangehörigen resp. beigetreten sind. Dieser Absatz 3 des § 2 des Statuts soll den Verband schützen gegen Personen, die den Verband nur dann zu finden wissen, wenn ihr Gesundheitszustand oder ihr Alter sie erst daran erinnert, daß im Verbandsangehörigen verhältnismäßig geringe Pflichten respektable Unterstützungssummen zu holen sind. Wird es also vorkommen für die Folge, daß ein Mitglied, das erst vom 1. Januar 1906 ab dem Verbandsangehörigen, und gemäß der Bestimmung des Absatz 2 des § 2 des Statuts einer höheren Klasse beigetreten war, aber innerhalb der ersten drei Jahre der Mitgliedschaft für invalide erklärt wird, so ist es aus der höheren in die niedrigste Klasse zu versetzen. Soweit es nämlich ein Mitglied der Klasse II ist, tritt es in Klasse I, und betrifft es ein Mitglied einer der Klassen IV, V, VI oder VII, so tritt es in die Klasse III. Die Zurückversetzung in die niedrigste Klasse ist vorzunehmen von dem Tage ab, an welchem die Invaliditätserklärung ausgesprochen ist. Besonders ist hierbei auch noch darauf zu achten, daß mit dem Tage der Zurückversetzung des Mitglieds in die niedrigste Klasse auch das statutgemäße Recht erlischt, das für die höhere Klasse festgesetzte Krankengeld zu beziehen.

Die Absätze 4—8 des § 2 des Statuts enthalten die allgemeinen Aufnahmebestimmungen. In der Regel ist bei der Aufnahme der sich Meldenden so zu verfahren: die Namen der sich zur Aufnahme in den Verband Meldenden sind dem Vorstande zu übermitteln. Letzterer veröffentlicht dieselben im Verbandsorgan. Wird vom Tage der Bekanntmachung an gerechnet, innerhalb 14 Tagen keine berechtigte Einwendung gegen die Aufnahme seitens der Mitglieder gemacht, so gilt die Aufnahme als vollzogen. Als berechtigte Einwendungen können gelten, wenn nachgewiesen werden kann, daß der sich zum Beitritt Meldende durch Streikbruch oder durch Lohndrückerei oder durch Denunzieren seiner Mitarbeiter beim Meister oder Fabrikanten an den Interessen der Arbeiter verstoßen hat. Dergleichen gilt als berechtigte Einwendung zum Beispiel, wenn nachgewiesen werden kann, daß der sich Meldende keine Mitgliedschaft eventuell dazu benutzen wird, Verrat an den Verbandsinteressen zu üben, oder sich widerrechtlich Eigentum des Verbandes aneignet.

mar. Endlich hatten zahllose Versuche keine Ueberzeugung so weit gefestigt, daß sein Gewissen ihm nicht länger zu zögern gestattete. Die Unschädlichkeit seines Serums hatte er an sich selbst erprobt. Am 17. November 1903 trat Marmorek in die weite Öffentlichkeit mit einem Vortrag in der Akademie de Médecine, um die Kliniker beider Welten zu bestimmen, sein Serum zu prüfen, nachdem bereits die Pariser Kliniker dies verweigert hatten. Und nun folgt eine lange Leidensgeschichte über kaum glaubliche offene und versteckte Anfeindungen gegen die Entdeckung und den Entdecker, der durch dieselbe den Franzosen als Träumer, Schwärmer, ja als Schwindler erscheinen mußte.

Inzwischen hatte Marmorek die Tasche voll von Briefen namhafter Aerzte, die ihre glänzenden Ergebnisse berichteten, aber zugleich ausdrücklich verboten, von ihren Mitteilungen Gebrauch zu machen. Pariser Aerzte schlichen zu ihm in der Dämmerung und baten um sein Serum, sahen sich aber an der Haustür ängstlich um, ob man sie nicht bemerkte. Im Figaro gab man zu verstehen, man setze sich strafrechtlicher Verfolgung aus, wenn man ein behördlich nicht genehmigtes Geheimmittel selbst unentgeltlich vertreibt, usw. Von den namhaften Klinikern verlangte das Serum keiner. Nur unberühmte Aerzte waren es, die zuerst in französischen Fachblättern den über Marmorek verhängten Bann brachen. Daraufhin wagten sich auch einige andere in deutschen und englischen Fachzeitungen hervor.

Inzwischen war der Weltkongreß herbeigekommen, und was Nordau darüber berichtet, schlägt dem Faß den Boden aus.

Marmorek war einer der ersten, die sich als Mitglieder einschrieben und eine Mitteilung anmeldeten. Seine Karte trägt die Nummer 27. Die Mitteilungen sollten nach der Reihenfolge der Anmeldung ihren Platz auf der Tagesordnung erhalten. Als diese nun bekannt gegeben wurde, hatte Marmoreks Mitteilung den — 144. Platz erhalten. Da die Abteilung für Therapie im ganzen bloß 6 Arbeitsstunden von je 2½ bis 3 Stunden hielt, war es ganz ausgeschlossen, daß die 144. oder auch nur die 100. Mitteilung an die Reihe kommen konnte. Marmorek enthielt sich, gegen den wider ihn begangenen Rechtsbruch zu protestieren, forderte jedoch, daß eine Unterabteilung abgesetzt werde, in der die hohen Nummern zu Wort kommen konnten. Der Abteilungsvorsitzende wollte

Der Vorstand entscheidet, ob die Aufnahme erfolgen soll.

Ist gegen die Aufnahme eines sich Meldenden begründeter Widerspruch erhoben und auf Grund dessen vom Vorstande die Aufnahme verweigert, so sind die bis zu diesem Zeitpunkte gezahlten Beiträge und das Eintrittsgeld zurückzuerstatten.

Beisammen wegen verweigerter Aufnahme in den Verband sind beim Ausschuss und in letzter Instanz bei der Generalversammlung einzureichen.

Die Bevollmächtigten sind angewiesen, nicht eher das Mitgliedsbuch auszufertigen, bis die 14tägige Bekanntmachungfrist verstrichen ist.

Der letzte Absatz im § 2 des Statuts regelt die Verpflichtungen, die jene Mitglieder zu erfüllen haben, die aus dem Verbandsangehörigen oder ausgeschlossen sind und die Mitgliedschaft wieder neu erwerben wollen. Solche Mitglieder haben, bevor ihnen ein Mitgliedsbuch auszufertigt und ausgehändigt werden darf, neben der Entrichtung des Eintrittsgeldes in Höhe von 20 Pfg. eventuell rückständige Strafgebühren zu zahlen und soweit sie mit Rest aus dem Verbandsangehörigen oder ausgeschlossen waren, vier Wochenbeiträge der Klasse zu zahlen, in die sie bei ihrem Wiedereintritt eintreten (Klasse I resp. III).

Der § 3 regelt die Beitragspflicht. Jedes Mitglied muß zunächst beim Eintritt in den Verband ein Eintrittsgeld in Höhe von 20 Pfg. entrichten. Die Beitragspflicht beginnt mit dem Tage der Meldung. Diese Bestimmung ist so zu verstehen, daß ein in den Verband hineintretendes Mitglied, einerlei an welchem Tage der Woche die Anmeldung erfolgt, am folgenden Sonnabend der Woche den ersten Beitrag zu zahlen hat.

Eine Informationschrift in Broschürenform wird später herausgegeben werden. Wir eruchen deshalb die Bevollmächtigten, vorstehende Publikationen zu sammeln und aufheben zu wollen.

Der Vorstand.

Gewerkschaftliche und amtliche Streikstatistik.

Die amtliche Statistik über die im Jahre 1904 in Deutschland stattgefundenen Streiks zeigt im Vergleich zur gewerkschaftlichen Streikstatistik die gleiche Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit, wie in den Jahren vorher. Erst wenn die Berufsverbände an dieser amtlichen Statistik mitwirken, werden die Erhebungen brauchbar sein. So lange aber die Fragen der amtlichen Statistik auch ausgedehnt sind auf die Fälle des Kontraktbruches und der Beteiligung Minderjähriger an Streiks, so lange ist es den Gewerkschaften nicht zu empfehlen, an der amtlichen Statistik mitzuwirken.

Die Frage in der amtlichen Statistik, in welchem Maße die Streiks zu Kontraktbruch, Gewalttätigkeiten oder anderen Gesetzesverletzungen führen, hat doch nur den offenkundigen Zweck, Material zu sammeln, das zur gegebenen Zeit dazu verwendet werden kann, die Beschneidung des Koalitionsrechts zu begründen. Darum verlangen die Gewerkschaften ihre Mithilfe an der amtlichen Statistik und stellen jährlich eigene Erhebungen über die stattgefundenen Streiks an. Obwohl die Hilfsmittel, die der Regierung zur Aufnahme ihrer Statistik zur Verfügung stehen, von den Gewerkschaften in keiner Weise erreicht werden, liefern die Erhebungen der Gewerkschaften doch zuverlässigere

Schwierigkeiten machen, mußte sich aber der entschlossenen Haltung der Kongreßmitglieder fügen. So wurde denn die Unterabteilung eingerichtet. Als aber Marmorek zu Wort kommen sollte, überraschte der Vorsitzende die Versammlung mit der Eröffnung, man habe ein anderes Thema auf die Tagesordnung gesetzt! Nun erhob sich ein Sturm der Entrüstung, wie ihn ein wissenschaftlicher Kongreß kaum je gesehen. Schließlich konnte Marmorek zu Wort kommen. Er begnügte sich damit, die Ergebnisse seiner Behandlung in den ihm bekannt gewordenen circa 350 Fällen mitzuteilen. Zwölf Aerzte aus sieben Ländern, worunter Professoren, Krankenhausärzte, Sanatoriumsvorsteher, bestätigten ihre aus Wunderbare grenzenden, erzielten Heilerfolge mit dem Marmorekschen Serum.

Die Schlacht war gewonnen. Aber der Sieg sollte auf die vier Wände der Unterabteilung beschränkt bleiben. Und der vom Kongreß-Sekretariat ausgegebene Tagesbericht erwähnt weder die Sitzung der Unterabteilung, noch die Mitteilung Marmoreks und der zwölf Aerzte. Und so kam es, daß die ganze Pariser Presse, mit Ausnahme von drei Zeitungen, den Vorgang einfach totschwiegen.

Wenn wir uns auch vorläufig des Urteils über diese sensationellen Angaben enthalten müssen, so glauben wir doch, sie registrieren zu sollen, zumal nicht ausgeschlossen ist, daß gewisse Aerzte, welche bürgerliche Mütter über solche Materialien bedienen, geflissentlich darüber schweigen.

Wie es sich aber immer damit verhalten sollte, so gestalten diese Vorgänge interessante, aber recht unerfreuliche Einblicke in das Reich Askulaps und das Treiben unsauberer Geister in demselben. Zu ihnen zählt die schon aus alter Zeit bekannte invidia medicorum (der Neid und die Mißgunst unter den Medizinern). Noch unheilvoller wirkt der Teufel oberster, das materielle Interesse. In Sanatorien, sagt Nordau, sind in Deutschland allein mehrere 100 Millionen Mk., in der ganzen Welt über eine Milliarde angelegt. Darauf mache man sich selber den Reiz. Auf dem Kongreß selbst ist von Unbefangenen erklart worden, daß die wirklichen Heilerfolge der Sanatorien gleich Null seien und sie bestenfalls als Ferienkolonien für Arbeiter in Betracht kämen. Das wollen die Interessenten der Sanatorien natürlich nicht gelten lassen.

Zahlen als die amtliche Statistik. Wir fügen uns im nachstehenden auf die gewerkschaftliche Statistik.

Im Jahre 1904 haben 1513 Streiks mit 104 555 Beteiligten stattgefunden, im Jahre 1903 waren 1200 Streiks bei 75 880 Beteiligten zu verzeichnen. Die rapide Steigerung der Streiks zeigt sich auch bei den Aussperrungen. Während 1903 78 Aussperrungen stattfanden, zählt die Statistik von 1904 112 Aussperrungen. Die Zahl der von den Aussperrungen betroffenen Arbeiter ist aber zurückgegangen. Sie betrug 1903 45 137, 1904 dagegen 31 402. Die meisten Streiks, 257, wurden von den Holzarbeitern geführt. Dann folgten die Maurer mit 238 und die Metallarbeiter mit 132. Die Zahl der Beteiligten war dagegen bei den Maurern 39 524, bei den Holzarbeitern 18 616, bei den Metallarbeitern 17 152.

Aus der amtlichen Statistik entnehmen wir folgende Uebersicht über die bei Streiks und Aussperrungen vorgenommenen Gefängnisverurteilungen (Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung). Die Zahlen sind vom Jahre 1903. Da heißt es in der amtlichen Statistik:

Das Jahr 1903 das letzte, für welches bereits eine Auszählung vorgenommen werden konnte, verzeichnet die meisten verurteilten Personen, nämlich 318, die seit 21 Jahren gezählt sind. Die Verurteilungen sind regelmäßig erst seit dem Jahre 1896 häufig, vordem traten nur die beiden Jahre 1889 und 1890 durch hohe Verurteilungsziffern hervor, worauf der große Bergarbeiterstreik des Jahres 1889 nicht ohne Einfluß gewesen sein mag. Die Freisprechungen sind im Verhältnis zu den Verurteilungen sehr häufig. Die gefängliche Strafe für das Vergehen ist Gefängnis bis zu drei Monaten, sofern nach dem allgemeinen Strafgesetze nicht eine härtere Strafe eintritt. Die tatsächlich erlittenen Strafen betragen in den Jahren 1901, 1902 und 1903 durchschnittlich 11, 13 bzw. 12 Tage; für frühere Jahre war es nicht mehr möglich, die durchschnittliche Höhe der Strafen festzustellen.

Die Zahl der Verurteilungen im Jahre 1903 ist höher, als in den Jahren vorher. Es ist aber nur ein relatives, kein absolutes Verhältnis, denn die Zahl der Streikenden hat prozentual weit mehr zugenommen, als die Zahl der Streikvergehen. Dann ist in der amtlichen Statistik vermerkt, zu bemerken, daß in den letzten Jahren eine förmliche Anlagewut gegen Streikende um sich gegriffen hat. Das zeigt auch die Zahl der freisprechenden Urteile. Von 538 Angeklagten mußten nicht weniger als 219 freigesprochen werden. Und das trotz der Findigkeit unserer Amts- und Staatsanwälte, aus jedem kleinsten Vergehen bei Streiks eine Haupt- und Staatsaktion zu inszenieren. Wer diese Statistik zur Begründung eines neuen Ausnahmegesetzes gegen Streikende benutzen will, wird kläglichen Schiffbruch erleiden. Bemerkenswert ist weiter in der amtlichen Veröffentlichung die Konstatierung, daß die Erfolge der Arbeiter sich verbessern, während die Unternehmer mit ihren Aussperrungen nur selten Glück haben. Besonders auffallend sind die Erfolge der Arbeiter bei ihren Kämpfen um die Verkürzung der Arbeitszeit. Beide statistische Erhebungen sind ein Bild von dem regen Leben, das in unsern deutschen Gewerkschaften pulsiert. Daß die amtliche Statistik den Vorgängen im Gewerkschaftsleben ein immer größeres Augenmerk widmet, ist ein Beweis der Bedeutung und der Stärke der Gewerkschaften.

Gewerkschaftliches.

Schulante. Der Zugang ist fernzuhalten, da in 6 Betrieben die Arbeiter in einen Lohnkampf verwickelt sind, woran jetzt 160 Personen beteiligt sind.

Kreisch (Bezirk Dresden). Die Arbeiter bei der Firma Martin sind in einem Lohnkampf begriffen und wird nach hier um Fernhaltung des Zugangs gebeten.

In Rafted auf Seeland ist infolge von Lohnstreitigkeiten ein Tabakpinnerstreik ausgebrochen. Wir ersuchen die deutschen Tabakspinner, keine Stellung nach dorthin anzunehmen, falls sich Agenten an sie heranmachen wollen.

Aus der niederländischen Gewerkschaftsbewegung. Der Teil der niederländischen Gewerkschaftsbewegung, der sich nicht vom Anarchismus loszumachen verstanden hat, geht rasch zugrunde. In den Verbänden diskutiert man jetzt die Frage, ob man diese Verbände mit ihrer jetzigen Zentralkommission nicht auflösen soll und nur örtliche Sekretariate, aus den Gewerkschaften der verschiedensten Berufe zusammengesetzt, bilden soll, welche dann insgesamt das „National Arbeitssekretariat“ bilden werden. Wenn der Anarchismus nicht dies oder das auflösen kann, dann lebt er nicht. Inzwischen scheiden immer mehr Verbände aus dem National Arbeitssekretariat, der anarchistischen Gewerkschaftszentrale aus. Was von diesem N. A. S., das 1903 über 17 000 Mitglieder zählte, noch übrig ist, geht hervor aus der Tatsache, daß bei der jüngsten Vorstandswahl, welche durch Urabstimmung aller Mitglieder stattfand, im ganzen Lande 554 Stimmen abgegeben wurden. Nicht bloß, daß ganze Verbände ausscheiden, in den übrigen verbleibenden zeitigt die anarchistische Ohnmacht überall Verfall.

Bericht über die Konferenz des 15. Gaus.

Am 10. Dezember fand in Berlin eine Gaukonferenz des 15. Gaus statt. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen Mosenthal-Berlin als erster, Schmidt-Schwedt a. O. als zweiter Vorsitzender, Kiesel-Potsdam und Ventlin-Jastrow als Listenföhrer. Die Tagesordnung wurde wie folgt angenommen: 1. Agitation und Organisation im 15. Gau; 2. Die drohende Tabaksteuer und ihre Gefahr für das gesamte Gewerbe; 3. Die Reorganisation im Verbande. Vertreten waren 41 Zahlstellen durch 45 Delegierte.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung führte der Referent Kollege Mar Kiesel-Berlin folgendes aus:

Der 15. Gau ist mit 2768 Mitgliedern einer der stärksten Gaus in unserm Verbande. Diese Mitgliederzahl ist aber sehr gering im Verhältnis zur Masse der vorhandenen Tabakarbeiter. Redner hat auf seiner jüngsten Agitationsreise in Ost- und Westpreußen Tausende von nichtorganisierten Tabakarbeitern vorgefunden, davon allein 700 in Königsberg. Der Kollege Franz Schmidt aus Berlin betreibt jetzt dort in seinem Auftrage die Agitation, was keine leichte Arbeit ist, da die Kollegen dort noch sehr rückständig sind. Aber trotzdem empfanden auch diese weiblichen Kollegen schon die Schmach, die ihnen durch die Behandlung seitens der Fabrikanten zuteil werde. Kollege Schmidt werde sich gewiß die Drohung sehr zunutze machen, durch welche ein Königsberger Fabrikant seinen Arbeiterinnen in Aussicht stellte, die Wochenlöhne von 8 Mk. auf 5 und 4 Mk. zu reduzieren, falls die Tabaksteuererhöhung durchgehen sollte. Die

Tabakarbeiterinnen der Firma Loefer u. Wolf in Elbing waren nicht zu bewegen, die Versammlungen zu besuchen, da sie befürchteten, deswegen entlassen zu werden. Die Jastrower Kollegen sollten dort die Agitation in die Hand nehmen, da Jastrow die Elbing zunächst liegende größere Zahlstelle sei.

Ein besonderer Uebelstand in den Zahlstellen unsres Gaus sei der, daß Angelegenheiten, die nur die Mitglieder angingen, auf den Fabriken abgemacht würden. Solche Angelegenheiten sollten nur in Mitgliederversammlungen behandelt werden. Außerdem sollte man an Orten mit mehreren Fabriken Vertretungen abhalten. Die größeren Zahlstellen müssen zur Agitation im Gau herangezogen werden. Die Zahlstellen sollten untereinander und mit dem Gauleiter stets Fühlung halten. Es handle sich jetzt in erster Linie um die Aufnahme einer Statistik über die Löhne für die gleichen Sorten an den verschiedenen Orten unsres Gaus, um die Stärkung unsrer Organisation durch Gewinnung von neuen Mitgliedern und um Krieg zu führen gegen die Tabaksteuererhöhung.

Kollege Schmidt-Schwedt a. O. erklärt sich betreffs der Agitation mit Kollegen Kiesel einverstanden. Er halte es ebenfalls für verfehlt, wenn der Pelz immer auf den Fabriken gemacht würde, wo viele sogen. Nichtkollegen vorhanden sind. Diskussionen über Verbandangelegenheiten gehören nicht in die Fabriken, sondern in die Mitgliederversammlungen. Die Kollegen müssen sich eben daran gewöhnen, die Versammlungen zu besuchen. Die Agitationskommissionen hatten früher keine Resultate erzielt, aber auch der Gauleiter könne nur Resultate erzielen, wenn wir alle Agitatoren werden.

Kollege Jenck-Schwedt erklärt die Fabrikdiskussionen für den Hauptgrund, warum wir keine Mitglieder bekommen. In Schwedt gibt es 8 Fabriken und auf jeder Fabrik ist ein Vertrauensmann gewählt. Es werden Vertrauensmännerversammlungen und Fabrikbesprechungen abgehalten.

Kollege Jentzen-Trebbin berichtet, daß in Trebbin vor fünf Jahren von 200 Tabakarbeitern nur 13 organisiert waren, heute dagegen habe die Zahlstelle 140 Mitglieder. Die Trebbiner Kollegen hatten vor kurzem einen Tarif aufgesetzt und es gelang ihnen, für die Röhler eine Lohnerhöhung von 4 Mk. auf 4.50 Mk. und für die Widelmacher eine solche von 2.40 Mk. auf 2.80 Mk. zu erzielen.

Kollege Bachert-Müßtrich behauptet, daß in den kleinen Zahlstellen mehr geleistet würde und mehr Opfer gebracht würden, als in den großen.

Kollege Leinung-Finsterwalde führte aus, daß man durch Diskussionen über hohe Beiträge, über die Kosten der Versammlungen usw. keine Mitglieder werbe. In Finsterwalde seien alle Röhler organisiert und es werde dort auch dafür gesorgt, daß jeder Lehrling, sowie er ausgelehnt habe, auch schon vollberechtigt ist.

Kollege Werner-Trebbin hält es für unbedenklich, wenn man sage, die kleinen Zahlstellen leisten viel. In Berlin, sowie in allen großen Städten werde die Agitation dadurch erschwert, daß die Tabakarbeiter schwer aufzufinden sind.

Kollege Brand-Guben berichtet, daß in Guben alle Tabakarbeiter bis auf zwei organisiert sind.

Kollege de la Warre-Pasewalk berichtet, daß es um die Zahlstelle Pasewalk schlecht bestellt sei, seitdem die Fabrik Peter dorthin kam. Diese Fabrik habe nicht nur viele Filialen, sondern lasse auch im Nachhinein arbeiten; von einer Lohnbewegung könne daher keine Rede sein. Da der Zahlstelle keine Säle zu Versammlungen zur Verfügung stehen, so müssen dieselben in Privatwohnungen abgehalten werden. Infolge von alledem sei in Pasewalk die Mitgliederzahl von 36 auf 14 zurückgegangen.

Kollege Bürger-Müncheberg berichtet, daß von den 15 Tabakarbeitern, die sich am Orte befinden, 13 dem Verbands angehören.

Kollege Jeseriel-Jüterbog spricht über die Schwierigkeit, an kleinen Orten zu organisieren. In Jüterbog seien von 104 Tabakarbeitern 77 organisiert; speziell die Zigarrenmacher gehörten alle dem Verbande an; sie könnten dort wohl den Fabrikanten die Stirne bieten, aber sie wären nicht in der Lage, höhere Löhne zu erzielen. Der Durchschnittslohn betrage 7.50 Mark gegen 7 Mk. früher, der Durchschnittsberdienst 15 Mk. pro Woche. Bei Lohnbewegungen würden immer die großen Städte bevorzugt, ein Beispiel sei Dresden. An kleinen Orten sei es auch immer schlechter, an der Spitze zu stehen, als in großen, weil der Rückhalt fehle.

Kollege Strehl-Frankfurt a. O. berichtet, daß es dort sehr schwer sei, die Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Ein großer Mißstand in Frankfurt seien die auf geringen Deckblattverbrauch gesetzten Prämien.

Kollegin Wroclaw-Jastrow: Zweck der Agitation unter den in der Tabakindustrie beschäftigten Frauen sei es nötig, daß die Kollegen die Frauen als Kameraden und Genossinnen betrachten und sich mehr um die Aufklärung derselben bekümmern.

Kollege Appel-Züllichau vertritt die Ansicht, daß sich die Leiter der Zahlstellen in kleinen Städten mehr Mühe geben, als diejenigen in großen Städten. In Züllichau seien von 70 Tabakarbeitern 46 organisiert. Der Röhlerlohn betrage dort 3.75 Mk. Nachdem vor kurzem ein Angriffstreik der Züllichauer Kollegen zwecks einer Lohnerhöhung von 75 Pfg. pro Wille vom Ausschuß abgelehnt wurde, hätten sie ohne Unterstützung des Verbandes und ohne auch nur einen Tag die Arbeit niederzulegen, trotzdem diese Lohnforderung durchgesetzt.

Kollege Friedemann-Brandenburg: In Brandenburg, wo früher die Tabakarbeiter auch die Pioniere der Arbeiterbewegung waren, sind heute nur noch drei Fabriken vorhanden. In der größten davon sind neun Arbeiter beschäftigt. Man soll auf den Fabriken nicht Spezialberatungen pflegen, wohl aber Agitation betreiben. In Brandenburg habe der Gauleiter wohl nichts mehr zu tun, denn alles was dort zu machen war, sei bereits gemacht worden.

Kollege Danneberg-Dahme berichtet, daß, als er zureiste, in Dahme von 430 Tabakarbeitern nur 80 organisiert waren. Jetzt dagegen zähle diese Zahlstelle bereits 210 Mitglieder. In Dahme wird eine kolossale Lehrlingszucht betrieben. Es kommen auf 20 bis 25 Röhler 10 Lehrlinge. Bei der letzten Lohnbewegung hätten sie nur die Löhne gefordert, die dort bereits vor 30 Jahren gezahlt wurden. Die Löhne waren bisher 4 Mk. für Röhler und 2 Mk. für Widelmacher. Die Widelmacher bekamen jedoch gewöhnlich 6 Mk. pro Woche, schnelle Arbeiterinnen 1.50 Mk. mehr. Es sei eine Einigung zustande gekommen, nach welcher die Löhne von 6 Mk. auf 6.40 Mk., ab 1. April 1906 auf 6.50 Mk. erhöht worden seien.

Kollege Natatzka-Berlin: Der Minimallohn beträgt in Berlin 6 Mk. für Röhler und 3.50 Mk. für Widelmacher; es werden aber für Röhler noch Löhne von 5.50 Mk. und 5 Mk. gezahlt. Der Wochenberdienst der Zigarrenmacher ist 14 bis 17 Mk., derjenige der Widelmacher 9 bis 12 Mk. Die wenigen an Orte noch vorhandenen großen Fabriken beschäftigen fast ausschließlich nur Frauen. Vorherrschend sind die Kleinbetriebe, diese beschäftigen größtenteils Hausarbeiter. Es herrscht hier am Orte großer Mangel an Arbeitsgelegenheit; unter 15 durch unsern Arbeitsnachweis nachgewiesenen Stellen sind 10 Aushilfsstellen. In Berlin gibt es 3000 bis 3200 Tabakarbeiter, davon gehören jetzt 680 Männer und 480 Frauen dem Verbande an. Unter dieser Mitgliederzahl von rund 1200 befinden sich 700 Zigarrenmacher. Viel Anlaß zum Klagen gibt die große Interesslosigkeit der Zigarrenmacher. Die Kollegen kommen vollberechtigt von außerhalb, schon mancher frühere Bevollmächtigte war darunter, und kehren, sobald man sie aus dem Auge verliert, dem Verband den Rücken und verschwinden im Strudel der Großstadt. Andererseits gehen auch hier die Zigarrenmacher in Massen zu andern Berufen über. Etwas günstiger als die Zigarrenmacher sind die Zigarrenmacher gestellt, da dieselben meistens noch in großen Fabriken arbeiten. Obwohl zwar auch ihre Löhne höher sind, als die der Zigarrenmacher, so müsse man sie trotzdem noch zu den schlechtest bezahlten Arbeitern zählen.

Hierauf erhielt der Referent, Kollege Kiesel, das Schlußwort. Er sprach sein Befremden über die Ansichten einzelner Delegierter über Berliner Verhältnisse aus. Die Löhne seien im Verhältnis in Berlin ebenso niedrig wie außerhalb. Wenn auch in Berlin der wöchentliche Durchschnittsberdienst um 3 Mk. höher sei, so würde dieser Mehrberdienst durch die teureren Lebensverhältnisse wieder ausgeglichen. Durch Mängel würde die Organisation nicht aufgebaut, sondern zerstört. Ein wunder Punkt sei auch der, daß ehemalige Bevollmächtigte, wenn sie nachher nicht mehr so beachtet würden, einfach aus dem Verband austreten. Des weiteren sollen seine Ausführungen über die Frage, ob und wie Agitation auf den Fabriken betrieben werden soll, nicht mißverstanden werden. Es sei selbstverständlich, daß zur Gewinnung von Mitgliedern Agitation auf den Fabriken getrieben werden müsse. Nur innere Verbandsangelegenheiten sollten dort nicht ausgeduldet werden. Es gebe Kollegen, die den Fabrikanten aus Liebedienererei alles hinterbringen.

Was die Zigarettenmacher betreffe, so seien dieselben auch nicht glänzend gestellt. Trotzdem dieselben hier in Berlin zur Hälfte aus Frauen und zur Hälfte aus Ausländern bestehen, so sei es doch gelungen, dieselben größtenteils dem Verbande zuzuführen. Es sei sogar für dieselben vor kurzer Zeit dadurch, daß im richtigen Moment eingegriffen wurde, eine Lohnerhöhung von 15 Pfg. pro Wille, das sind ca. 6 Prozent, ohne Kampf erreicht worden.

Er sei momentan nicht in der Lage, feststellen zu können, ob kleine Zahlstellen vom Ausschuß stiefmütterlich behandelt wurden. Auch er sei nicht in der Lage, im Handumdrehen höhere Löhne herbeizuführen. Selbstverständlich würde er jedoch Angriffsstreiks von solchen Orten, die in erster Linie in Betracht kämen, beim Vorstand resp. Ausschuß beifürworten. Sein Hauptaugenmerk müsse der Verband jedoch auf Süddeutschland richten, denn die Kämpfe, die dort geführt würden, seien auch für Norddeutschland von Vorteil.

Hierauf wurde folgende Resolution von den Delegierten einstimmig angenommen:

„Damit die Agitation im 15. Gau intensiver betrieben werden kann, verpflichten sich die Delegierten des 15. Gaus

1. den Gauleiter über alle in den Zahlstellen bestehende Verhältnisse durch eine Statistik über die Löhne, die Arbeitszeit, die Verschiedenartigkeit der Fassons, die Beschaffenheit des Materials usw. in Kenntnis zu setzen;

2. die Aufklärungsarbeit noch mehr zu vollziehen.“

Alsdann wurde Kollege Mar Kiesel, der von der Zahlstelle Berlin in einer von ca. 600 Kollegen besuchten Mitgliederversammlung zum Gauleiter vorgeschlagen wurde, von den Delegierten einstimmig als Gauleiter bestätigt.

(Fortsetzung folgt.)

Bericht über die bayrische Tabakarbeiter-Konferenz.

Am Sonntag, den 17. Dezember, tagte in Nürnberg, Restauration Behaim, eine Konferenz der Tabakarbeiter Bayerns, auf der vertreten waren die Orte Ansbach, Bruck, Münschen, Nürnberg und Würzburg. Außerdem war Gauleiter Wilhelmann-Stuttgart anwesend. Diesem übertrug die Konferenz die Leitung der Verhandlungen. Die Tagesordnung umfaßte die Punkte: 1. Berichte der Delegierten; 2. die Reorganisation des Verbandes; 3. die geplante Tabaksteuer.

Nachdem nun in jeder Nummer unsres Organs über den 2. und 3. Punkt der Tagesordnung berichtet wird, können wir auf die Wiedergabe der Ausführung unsrer beiden Referenten verzichten und uns nur auf die Berichte und Beschlüsse beschränken.

Der Delegierte von München berichtete, daß dort ca. 500 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen sich befinden, die vornehmlich in der Zigarettenbranche beschäftigt sind. Verbandsmitglieder sind dort zurzeit 180. Die Löhne schildert der Delegierte als sehr traurige. Röhlerlöhne von 4 Mark pro Wille sind noch zu verzeichnen. Der Wochenlohn eines Zigarrenmachers beträgt bei solchen Lohnsätzen 10—12 Mark, mehr sehr selten. Lohnsätze für Widel betragen 2 Mark pro Wille und lassen Wochenlöhne erreichen von 6—8 Mark. Die weitest größte Zahl der Münchner Tabakarbeiter sind weiblichen Geschlechts.

In Bruck sind von 120 Tabakarbeitern 18 im Verbande. Löhne für Zigarren 2.90 Mark bis 5 Mark, für Widel 1.40 bis 2.20 Mark pro Tausend.

Von Würzburg erfahren wir, daß dort gegen 400 Tabakarbeiter beschäftigt werden, von denen 110 dem Verbande angehören. Die Löhne bewegen sich für Rollen von 4.60 bis 5.80 Mark pro Tausend und für Widel von 2 bis 2.50 Mark pro Tausend. In den Filialfabriken sind die Löhne bedeutend niedriger, auch werden dort nur Frauen beschäftigt, die für die Organisation bis jetzt noch nicht zu gewinnen waren. Auch beim Sortieren werden in Würzburg meistens Frauen beschäftigt und erhalten dieselben 30—36 Pfg. pro Wille, womit sich Wochenlöhne von 7—9 Mark erreichen lassen.

Die Löhne in Nürnberg reihen sich den bis jetzt geschilderten würdig an. 12—15 Mark pro Woche für Zigarrenmacher und dementsprechend auch für Widelmacher. In sechs Kautabfabriken werden ca. 120—130 Arbeiter beschäftigt und kommen die männlichen Arbeiter auf Löhne von 12—18 Mark, die weiblichen auf solche von 6—8 Mark pro Woche. Der Verband zählt 40 Mitglieder, und dürften auch diese mehr Interesse für den Verband befinden.

In Ansbach gehören von 90 Tabakarbeitern dem Verbande 50 an. Die Löhne bewegen sich von 4—7 Mark für Röhler pro Tausend, für Widel 2.20—3 Mark. Die Sortierer verdienen 9—13 Mark pro Woche.

An diese Berichte knüpfte sich eine sehr lebhaft Diskussions, die erkennen ließ, daß die Kollegen bereit sind, stets und unermüdet für den Verband zu wirken, was noch besonders durch die einstimmige Annahme einer Resolution nach dem Referat des Kollegen Wildemann zum Ausdruck kam.

Nach dem Referat des Kollegen Stumm-Würzburg über die Tabaksteuer nahm die Konferenz folgende Resolution an:

„Die am 17. Dezember 1905 in Nürnberg tagende Konferenz der Tabakarbeiter von Bayern betrachtet in der von der Reichsregierung geplanten Tabaksteuererhöhung eine schwere Schädigung der Tabakindustrie.

Der Umstand, daß durch die Annahme derselben mindestens 60 000 Tabakarbeiter und Arbeiterinnen brotlos werden, muß auf die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und auf die ohnedies traurige Lage der Tabakarbeiter vernichtend wirken.

Die Konferenz der Tabakarbeiter ersucht daher die gesamte Arbeiterschaft, sie in ihrer Protestbewegung zu unterstützen, wie auch die heutige Konferenz gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer irgendwelcher Art mit aller Entschiedenheit protestiert.“

Um eine wirksame Agitation gegen die Tabaksteuer zu ermöglichen, bestimmt die Konferenz für Bayern Unterkommisionen, die beständig mit dem Gauleiter in Fühlung zu bleiben haben, und zwar für Oberbayern eine solche in München, für Mittelbayern eine solche in Ansbach und für Franken eine solche in Würzburg.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt. Kollege Wildemann richtete noch einen kräftigen Appell an die Delegierten und schloß, von den Verhandlungen den besten Erfolg hoffend, gegen 6 Uhr abends die Konferenz.

Berichte.

Bredstedt i. S. Am 6. Januar 1906 fand beim Gastwirt Kettelsen in der Friesenhalle unsre Monatsversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Abrechnung; 2. Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure, sowie einer Fabrikkommission; 3. Verschiedenes. Die Abrechnung wurde von den Kontrolleuren geprüft und für richtig befunden und darauf dem Kassierer Entlastung erteilt. Hierauf fand die

Wahl der Bevollmächtigten und Kontrolleure sowie der Fabrikkommissionen. Es wurden die Kollegen Otto als erster, Kose- lugi als zweiter und B. Janowsky als dritter Bevollmächtigter einstimmig gewählt. Als Kontrolleure die Kollegen Gille, Schme- ritz und Kleinfecht und in die Fabrikkommissionen wählte man die Kollegen Koppenhöfer, B. Janowsky und Hein. Zum dritten Punkt: Verschiedenes, wurden Fabrikangelegenheiten besprochen. Kollege B. Janowsky regte an, den durchgehenden Kollegen pro Mann 12 Zigarren zu bewilligen, dieses fand Annahme. Kol- lege Koppenhöfer brachte die Beschlüsse der Generalversammlung zur Sprache und wurde ein Antrag desselben, gegen die erhöhte Beitragsleistung und die reduzierte Unterstützung energisch zu protestieren, angenommen. Kollege K e i n e l e bat die Kollegen, in der Fabrik alle Streitigkeiten und allen Zwist zu unterlassen und fest zusammenzuhalten, denn nur durch Einigkeit könne man etwas erreichen. Hierauf wurde die von allen Kollegen besuchte Versammlung durch den ersten Bevollmächtigten Otto geschlossen.

Finstertal. Es scheint jetzt hier den Tabakarbeitern an nichts zu mangeln, wenn man die Teilnahmslosigkeit und Inter- esselosigkeit in den Versammlungen sieht; oft kommt es vor, daß von 400 Mitgliedern 20 anwesend sind. Daß es aber im Gegen- teil traurig um die Lage der Arbeiter steht, wird jedem ein- leuchten, wenn er hört, daß 4 Mark Kollerlohn und 2 Mark für Widel pro Tausend in der Regel, ja in einer Fabrik für Widel noch weniger gezahlt werden. Es ist nichts Seltenes, daß Familienväter mit 10—13 Mark die Woche nach Hause gehen. Ueber die haarträubenden Verhältnisse ein einigen Betrieben: schlechtes Material, Behandlung usw., berichte ich das nächste Mal. Kollegen! Da wäre es doch endlich an der Zeit, die Gleichgültig- keit abzuschütteln und nicht immer mit der Faust in der Tasche auf die schlechten Verhältnisse zu schimpfen! Der Ort, wo Ihr Eure schlechte Lage mit Euren Arbeitskollegen gemeinsam besprechen, Eure Klagen vorbringen könnt, ist die Mitgliederber- sammlung. Dort sollen Maßnahmen getroffen und Schritte unternommen werden, um die Lage der Tabakarbeiter am Orte wenigstens einigermaßen erträglich zu gestalten.

Wie sich die wirtschaftliche Konjunktur fernerhin für Finstertal- walde gestaltet, wird wohl von der geplanten Tabaksteuer- erhöhung abhängen; jedenfalls haben wir alles auf die Beine zu bringen und Gelder zu sammeln, damit auch der Kampf gegen die Tabaksteuererhöhung mit Nachdruck und mit aller Schärfe geführt werden kann. Denn zum Kriegsführen gehört Geld. Wohl kein Ort würde durch die Erhöhung der Tabaksteuer so in Mitleidenschaft gezogen werden, wie der unsrige, wenn man be- denkt, daß hier 750—800 Tabakarbeiter, mit Ausnahme von zirka 100—130 Hausarbeitern, in 72 Betrieben untergebracht sind. Bei der Zigarrenfabrikation, wo in 60 Prozent der Betriebe 5 bis 15 Mille Zigarren pro Woche fertiggestellt werden und 70 Prozent aller am Orte fertiggestellten Fabrikate 4-, 5- und 6-Pfg.- Zigarren sind, ist es wohl nicht übertrieben, wenn gesagt wird, daß nach Annahme der Tabaksteuer im Reichstag 50 Prozent der Tabakarbeiter am Orte dem Hunger überliefert werden. Darum richte ich einen Appell an die Kollegen und Kolleginnen von Finstertalwalde: Heraus aus Eurer Gleichgültigkeit, kommt in die Versammlungen, laßt den albernen Fabrikatsch beiseite, sucht Euch gegenseitig aufzufüllen, behandelt jetzt eingehend die wic- tigen Tagesereignisse, als da sind Tabaksteuer, Fleischsteuer, die am 1. März eintretende Teuerung aller notwendigen Lebens- mittel, die Revolution in Rußland, die Frage ums allgemeine Wahlrecht in Preußen usw.! Tue auch jeder seine Pflicht, unter Frauen und Mädchen zu agitieren und unablässig Verbands- mitglieder zu werben. Wenn wir dieser unsrer Pflicht voll bewußt sind und jeder seine Schuldigkeit tut, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben.

Gießen. Hier ist die Protestbewegung in vollem Gange; in folgenden Orten wurden Protestversammlungen abgehalten: Reichgefern, Alten - Wusef, Wiesef, Geuchelheim, Gleiberg, Krosdorf. In allen Versammlungen hatte Kollege S c h n e i l das Referat. Alle Versammlungen nahmen einen guten Verlauf; in Gleiberg, Geuchelheim und Krosdorf waren die Versammlun- gen sehr stark besucht, die Stimmung sehr begeistert. Die Reso- lution, welche sich sehr energisch gegen die Tabaksteuer ausspricht, wurde überall einstimmig angenommen. In Gleiberg und Kros- dorf mußten auf Veranlassung der Polizei die weiblichen Kol- legen aus den Versammlungen sich entfernen. Beschwerde wird eingereicht werden.

Heilbronn. Am 28. Dezember fand hier im Gasthaus zum goldenen Anker eine öffentliche Protestversammlung statt. Die Tabakarbeiter waren vollzählig erschienen, während die ebenfalls geladenen Interessenten ziemlich schwach vertreten waren. Reichs- tagsabgeordneter Dr. Wolff, welcher schriftlich eingeladen war, entschuldigte sich, daß er am Erscheinen verhindert sei. Man möchte ihm die Anschauungen der Versammlung mitteilen. Seine Stellungnahme werde wahrscheinlich unsern Wünschen entsprechen. Kollege Wildemann hatte das Referat übernommen. Er schilderte in ausführlicher Weise, wie der Tabak seit zirka 30 Jahren mit Zöllen und Steuern belastet ist, und daß es nicht mehr möglich wäre, eine noch höhere Steuer herauszuholen, ohne die gesamte Tabakindustrie zugrunde zu richten. An diesen Vortrag schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Sämtliche Redner teilten die An- sichten des Referenten. Der Vorsitzende wurde beauftragt, dem Abg. Dr. Wolff das Nötige mitzuteilen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung erhebt energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Mehrbelastung der Tabakindustrie.“

Begründung: Die Tabakarbeiter gehören nach amtlicher Feststellung zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern Deutsch- lands; ihr Verdienst ist weit geringer als der der Arbeiter anderer Gewerbe. Durch die am 1. März 1906 in Kraft tretenden höheren Zölle auf die notwendigen Lebensmittel werden die Tabak- arbeiter mit am schwersten betroffen.

Eine neue Mehrbelastung des Tabaks in irgend einer Form würde bedeuten, daß die geringen Löhne der Tabakarbeiter noch mehr reduziert würden, und zwar, weil eine solche Mehrbelastung erfahrungsgemäß einen Konsumrückgang und die Entlassung vieler Arbeiter bewirken, und infolge des Mehrangebots von Arbeits- kräften naturgemäß gedrückt werden.

Die Tabakarbeiter würden mithin einmal als Konsumenten, das andere Mal als Produzenten schwer belastet werden. Nach den gegebenen Versicherungen der Reichsregierung und aller poli- tischen Parteien sollen aber in Zukunft die schwächeren Schichten des Volkes nicht mehr belastet werden. Die Mehrbelastung des Tabaks würde das Gegenteil aller gemachten Zusicherungen be- deuten.

Die Versammlung fordert deshalb die gesamte Bevölkerung Deutschlands auf, sich ihrem Protest anzuschließen gegen die, die 200 000 Tabakarbeiter Deutschlands und ihre Familien in ihrer wirtschaftlichen Existenz schwer bedrohenden Pläne der Reichs- regierung auf eine weitere Mehrbelastung des Tabaks durch erhöhte Zölle und Steuern und ersucht den deutschen Reichstag, ins- besondere den Vertreter des 3. Reichstagswahlkreises, eine dies- bezügliche Vorlage des Bundesrats ohne weiteres abzulehnen.

Herzberg a. S. Eine öffentliche Protestversammlung gegen die Tabaksteuer fand am 7. Januar hier im Hotel Hannover statt. Der Referent F e d e r m a n n - Bremen schilderte eingehend die deutsche Finanzwirtschaft und kritisierte die zugunsten der Militär-, Flotten- und Kolonialpolitik dem Reichstag unterbreiteten Steuerentwürfe, speziell die Tabaksteuer. Nach dem zweistündigen Referat schloß Nebner folgende Resolution zur Annahme vor: „Die am 7. Januar tagende öffentliche, von 200 Personen be- suchte Protestversammlung der Arbeiter Herzbergs protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die seitens der Regierung dem Reichstage vorgelegte Tabak- und Zigarettensteuervorlage, sowie überhaupt gegen jede Mehrbelastung, welche die Ausbreitung

der allgemein schädlichen Heimarbeit fördert, die Herabdrückung der Arbeitslöhne begünstigt, den Konsum der Tabakfabrikate einschränkt und dadurch Arbeitslosigkeit, Not und Elend für die Tabakarbeiter zur Folge haben muß. Die Versammlung fordert alle Beteiligten der Tabakindustrie, sowie auch die übrige Arbeiter- schaft auf, mit allen Kräften den Kampf gegen jede Mehr- belastung des Tabaks, wie auch jede indirekte Steuer aufzu- nehmen und zu führen.“ In der Diskussion wurde die Lage der hiesigen Tabakarbeiter geschildert, diese ist ebenso traurig, wie in andern Orten. Die Organisation müsse besser gefördert wer- den. Jetzt sei auch den Fabrikanten die Organisation der Ar- beiter willkommen, die sonst bekämpft wurde. Im Schlußwort forderte der Referent die Arbeiterchaft auf, sich dem Verband anzuschließen.

Königsbrunn. Seit dem Zigarettenarbeiterstreik in Dresden befindet sich hier eine Filiale der Firma O s m a n i e. Man hatte gehofft, dieselbe würde für die 3500 Einwohner zählende Stadt einen Fortschritt bedeuten. Aber weit gefehlt. Wir mußten sofort, daß die Fabrikanten es auf billige Arbeiterlöhne abge- sehen hatten. Die Arbeiterinnen kamen ja auch nicht in allzu großer Zahl gelaufen, die Zahl verringerte sich aber von Woche zu Woche. Jetzt sind noch 16 Arbeiterinnen vorhanden; diese haben aber nicht nur unter niedrigen Löhnen zu leiden, sondern es herrschen auch noch sonstige Mißstände. Für Zuspätkommen ist ein Strafgehalt von 10—25 Pfg. zu zahlen. Am 6. Januar fand eine Hausagitation seitens einiger Mitglieder des Ver- bandes statt, welche die traurige Lage befestigt fanden. Der Verdienst schwankt zwischen 4—6 Mark. Für 1000 Zigaretten mit Hülsenleben werden gezahlt 95 Pfg. bis 1.10 Mark. Für Goldmundstüchzigaretten mit 2-Pfg.-Tabakfüllung ganze 1.35 Mark. Maschinen gibt es nicht, also nur Handarbeit. Das Hülsenleben wird nach Feierabend zuhause gemacht. Lohn wird 14tägig gezahlt. Wo ist der lohnende steigende Verdienst, den die Annoncen in bürgerlichen Blättern versprechen? Das Strafge- halt nach Ansicht der Filialleiterin Mauerberger Weihnachten an eine Person ausgezahlt werden, die betreffende Person scheint sich besonderer Verdienste rühmen zu können. Die Arbeiterinnen wehrten sich dagegen und es ist unbestimmt, was damit geschieht. Weiter forderten die Arbeiter immer höhere Löhne, bekamen aber die Antwort, der Chef wolle erst bessere Arbeit sehen. Nach Neujahr soll der zu 1000 Zigaretten mehr verbrauchte Tabak als Mantel den Mädchen abgezogen werden. Dadurch wird der ge- ringe Lohn noch geringer. Wir können mit noch mehr Material aufwarten, behalten uns ein Eingehen darauf für später vor. Die Hausagitation hatte Erfolg.

Köln. Eine Versammlung von Tabakinteressenten tagte auf Veranlassung des Deutschen Tabakvereins in Köln im Hotel Großer Kurfürst. Herr P. Mintrop-Köln begrüßte die zahlreich, namentlich aus dem Rheinland, Hessen-Nassau und dem Groß- herzogtum Hessen erschienenen Herren und wies auf den Zweck der Versammlung hin. Es gelte Stellung zu nehmen gegen die geplante Erhöhung der Tabaksteuer und des Zolles auf aus- ländischen Tabak. Als Referent trat der Syndikus der Handels- kammer in Offenbach auf. Er führte u. a. aus: Um sich mit den neuen Lasten abzufinden, habe man zuerst an Sparbarkeit in der Fabrikation gedacht; aber die Bevölkerung lege viel Wert auf Ausstattung. In Verbilligung des Rohmaterials sei nicht zu denken, weil der größte Abnehmer, Amerika, hohe Preise zahle, wodurch man gezwungen sei, ebenfalls solche Preise anzu- legen. Da bleibe schließlich nur übrig, an den Arbeitslöhnen zu sparen, und so werde man einen großen Teil Arbeiter entlassen müssen. Der Staat habe alle Ursache, alles aufzubieten, um nicht noch mehr unzufriedene Arbeiter zu schaffen. Die Versammlung nahm zum Schluß einstimmig diese Resolution an: „Der Ent- wurf eines Gesetzes wegen Verringerung der Tabaksteuererhebung kann dem Deutschen Tabakbau auf die Dauer keinen Nutzen bring- en, weil geeigneter Boden für eine Erweiterung des Anbaues nicht vorhanden ist, dieser also nur auf Kosten der Qualität statt- finden könnte. Die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Erhöhung des Zolls auf und die darin vorgeschlagene Mehrbelastung des Tabaks würde aber die Herstellung von Tabakfabrikaten, welche gegenüber dem Werte einer deutschen Tabakernie im zehnjährigen Durchschnittsbetrage von 17¼ Millionen Mark, jährlich für rund 400 Millionen Mark Werte erzeugt, empfindlich schädigen. Die für die Raucher, Kau- und Schnupftabakfabrikation vorgesehene Mehrabgabe würde, wenn sie auch geringer als diejenige für die Zigaretten- und Zigarettenindustrie bemessen ist, namentlich für die seit der Steuererhöhung von 1879 stark zurückgegangene Rauchtobak- und Schnupftabakfabrikation eine geradezu ruinöse Wirkung haben. Die Erhöhung der Spannung zwischen der Steuer auf inländischen und dem Zoll auf ausländischen Tabak würde für die Zigarettenindustrie große Verschärfungen in der Fabrikation von Nord- und Mitteldeutschland nach Süddeutsch- land, und die vorgesehene Mehrbelastung einen schweren Rück- schlag für dieselbe mit sich bringen.“

Da das deutsche Volk, welches zugleich noch rund 200 Mil- lionen Mark andre Mehrabgaben aufbringen soll, auf lange Zeit hinaus nicht in der Lage sein würde, die sich auf mehr als 50 Millionen Mark beziffernden Mehrausgaben für seinen Tabak- genutz ausgeben zu können, so würden ein erheblicher Rückgang des Tabakverbrauchs, wie er nachgewiesenermaßen auch infolge der Steuererhöhung von 1879 eingetreten ist, und entsprechende Arbeiterentlassungen unausbleiblich sein. Auch der zahlreiche wirtschaftlich selbständige Existenzen ernährenden Handel mit Tabakfabrikaten und die Hilfgewerbe der deutschen Tabakindu- strie würden in entsprechendem Maße in Mitleidenschaft gezogen werden. Da die von den verbündeten Regierungen beim Reichs- tag in Antrag gebrachte Verringerung der Tabaksteuererhebung somit in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ungemein schädlich wirken würde, so hegen wir zum hohen Reichstage die zuberstehende Hoffnung, daß er der Vorlage seine verfassungsmäßige Zustim- mung versagen werde.“

Auch hinsichtlich des vom Bundesrate vorgelegten Zigaretten- steuergesetzes, welches über den angezeigten erscheinenden steuer- lichen Ausgleich zwischen der Zigarette und den übrigen Tabak- fabrikaten hinausgehend die Zigarettenindustrie zu schwer be- lasten, sowie in ihrer Entwicklung überdies durch technische Er- schwerungen hemmen würde, wird dringend Ablehnung durch den hohen Reichstag gewünscht.“

Köln. Volksversammlungen, welche sich mit der Tabaksteuer- vorlage beschäftigten, fanden am Sonntag statt im Kristallpalast sowie am Mittwoch im großen Saale zum Schützenhof in Wil- heim am Rhein. Nebner waren Tabakarbeiter Albert Faure- Eberfeld und Ludwig Klein-Köln. Einstimmig wurde eine Reso- lution angenommen, welche sich ganz entschieden gegen jede Mehr- belastung der Tabakindustrie durch Steuern und Zölle erklärt, sowie gegen jede indirekte Steuer. Zu der Versammlung in Köln war der Reichstagsabgeordnete von Köln-Stadt, Herr Justizrat Karl Trimborn, von seiten der Tabakarbeiterorganisation ein- geladen, aber er war durch Umstände verhindert, der Versamm- lung beizuwohnen. Folgende Antwort war auf die Einladung ergangen:

Herrn Ludwig Klein, Zigarettenarbeiter, Heinrichstr. 10. Da ich morgen (Sonntag) verreisen muß, ist es mir nicht möglich, der Versammlung im Kristallpalast beizuwohnen. Ich werde nicht unterlassen, mich über das Ergebnis der Verhand- lungen zu unterrichten. Wenn es gewünscht werden sollte, bin ich gerne bereit, eine Abordnung der Versammlung behufs näherer Aussprache zu empfangen. Nur müßten die Herren mir vorher eine kurze Mitteilung zukommen lassen.

Sochachtend Karl Trimborn. Bei der nun erfolgten Aussprache, zu welcher Faure und Klein beauftragt waren von seiten der Versammlung, wurden vor allen Dingen die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Tabak- arbeiter geschildert, sowie die Wirkungen der Steuer und Zoll- erhöhung, wie sie von seiten der Regierung geplant, auf Grund

der Erfahrungen der Zoll- und Steuererhöhungen von 1879. Herr Karl Trimborn gab die Erklärung, daß er den Tabak nicht als Genussmittel betrachte, sondern als einen dem Massenverbrauch unterworfenen Artikel. Definitiv könnte er sich nicht festlegen, auch habe seine Fraktion noch keine Stellung genommen bezüglich der Steuerentwürfe. Grundsätzlich sei er dagegen, daß die Lasten auf die breiten Massen des Volkes gewälzt würden. Im übrigen hätte seine Fraktion sich schon festgelegt im § 6 des Flotten- gesetzes. Das Zentrum wolle aus der Erbschaftsteuer etwas machen. Einer Vesteuerung der Zigaretten sei er so ohne weiteres nicht abgeneigt, schon allein aus gesundheitlicher Beziehung. Ebenso der teuren Zigarren, denn diese Raucher würden die wei- tere Belastung nicht empfinden. Nachdem von unserer Seite die nachteiligen Folgen für die in der Tabakindustrie Beschäftigten auch in dieser Beziehung sachmännlich nachgewiesen, war die Konferenz zu Ende. Bemerkenswert ist, daß Herr Karl Trim- born sagte, er empfinde das für sehr vorteilhaft, wenn während der Ferien die Abgeordneten interpelliert würden, denn mancher würde dadurch zu einer andern Meinung gebracht.

Kreischa. (Zum Streik der Tabakarbeiter.) Herr Martin behauptet nach wie vor seinen harten Kopf. Anstatt sich mit seinen Arbeitern in Unterhandlungen einzulassen, sucht er sie auf jede Weise zu schädigen und sie vor der Dessenlichkeit bloß- zustellen. Er reist u. a. mit den Lohnbüchern seiner zwei besten Arbeiter von einer Kneipe zur andern und brüstet sich damit. Dabei ist es ein einzigesmal in einem Zeitraum von acht Jahren vorgekommen, daß sein bester Arbeiter wöchentlich 25 Mark ver- diene. Das stellt Herr M. als horrenden Lohn hin. Unser Streik ist aber in der Hauptsache gar kein Lohnstreik. Wir wollen eine bessere Behandlung erkämpfen, wir wollen Mißstände beson- ders beim Abwiegen des Rohmaterials, die in der Umgegend in keiner Fabrik mehr zu finden sind, beseitigen. Wir wollen sehen, was wir abgezogen bekommen, daß wir uns nicht beliebige Schimpfworte ohne jeden Grund an den Kopf werfen zu lassen brauchen, wenn wir das verlangte Quantum Zigaretten nicht aus dem uns zugemessenen Material herausfinden können. Wenn Herr M. diese Punkte bei seiner Kundschaft verschweigt, dann weiß er eben auch warum. Anstatt sich mit seinen Arbeitern zu vergleichen, preist er seinen Konsumenten vor den Augen der Streikenden seine Händlerzigarren an. Ob er auf diese Weise die Geschäfte machen wird, die er früher mit der selbstfabrizierten Ware machte, bezweifeln wir stark. Aber wenn Herr M. momen- tan noch nicht anders gefunden ist, können wir es auch nicht ändern, wir haben ja noch Zeit und haben im Verhältnis zu seinem Schaden nichts verloren. Aushungern kann er uns durch sein Verhalten nicht. Im übrigen ist die Haltung der Streikenden eine unveränderte. Hoffentlich wird Herr M. noch einsehen lernen, wie er es besser machen könnte, um nicht selbst den gan- zen Schaden tragen zu müssen. Erfreulicherweise haben sich, außer dem Herrn Fittin, keine Arbeitswilligen gefunden. Der Arbeiterchaft von Kreischa und Umgegend aber rufen wir zu: Unterhützt uns weiter moralisch in unserm Kampfe! An den vergangenen Feiertagen ist Herr M. auf der Arbeiterfuche in Altenberg gewesen. Aber all seine Mühe war vergebens. Eltern aber warnen wir, ihre Kinder in die Zigarrenfabrik zu schicken. Denn wenn Arbeiter, die acht Jahre dem Kapital gefrontet haben, auf die Straße geworfen werden, kann man ersehen, was die Kinder später zu gewärtigen haben.

Oblau. Am 1. Januar 1906 tagte im Gasthof zum grünen Baum in Baumgarten eine Mitgliederversammlung vom Verband deutscher Tabakarbeiter (Zahlstelle Oblau) mit folgender Tages- ordnung: 1. Gaukonferenz des 14. Gauzes und Wahl der Dele- gierten zu derselben; 2. Verschiedenes. Der Vorsitzende gab eine Erklärung ab über die Gaukonferenz, welche den 7. Januar in Breslau tagt. Kollege Müller sprach über die Gaukonferenz und die Aufgabe resp. Arbeit des Gauleiters, streifte in kurzen Worten die neue Tabaksteuer, sowie die Junahme der Mitglieder im Verbands. Als Delegierte zur Gaukonferenz wurden die Kollegen Emanuel Langner und Karl Müller gewählt. Im Verschiedenen ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, die Versammlungen besser zu besuchen.

Pfungstadt. Am 31. Dezember fand im Lokale des Herrn Adam Oberhaus eine von 60 Personen besuchte öffentliche Tabak- arbeiterversammlung statt, um Protest zu erheben gegen die ge- plante Erhöhung der Tabaksteuer. Referent war Kollege Land- tagsabgeordneter G. Raab. Der Referent führte den Kollegen die Folgen der stärkeren Belastung des Tabaks vor Augen. Der Tabak ist schon mit so hohen Zöllen und Steuern belastet, daß jede weitere Belastung den Ruin der gesamten Tabakbranche herbei- führt. Dagegen sei auf das energischste zu protestieren. Der Redner fordert die Kollegen auf, alles aufzubieten, um der neu- geplanten Steuer einen Damm entgegenzusetzen, wo es geht, Versammlungen einzuberufen und Flugblätter zu verteilen und schlägt folgende Resolution vor: „Die heute am 31. Dezember 1905 versammelten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen von Pfungstadt erheben energischen Protest gegen die von der Reichsregierung geplante Erhöhung der Zölle und Steuern auf Tabak, wodurch eine große Schädigung der Tabakindustrie her- beigeführt, viele Tausende von Tabakarbeitern brotlos gemacht und die heute schon völlig unzureichenden Löhne der Arbeiter und dieser Industrie noch mehr herabgedrückt würden. Die Ver- sammlung protestiert ferner gegen alle indirekten Steuern auf die notwendigen Nahrungs- und Genussmittel, die wie eine Kopfsteuer wirken und die Armen stärker belasten als die Reichen. Die Versammlung erwartet von dem Reichstagsabgeordneten unsres Kreises, Herrn Balzhafar Cramer, daß er gegen die von der Regierung geplanten neuen indirekten Steuern Stellung nimmt und zu Fall bringen hilft.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Alle sich an der Diskussion beteilig- enden Kollegen erheben heftigen Widerspruch gegen dieses Vor- gehen der Regierung und fordern die anwesenden nicht organisier- ten Kollegen auf, dem Verbands sich anzuschließen.

Schönlank. Am 20. Dezember fand im Saale des Herrn Gräfe (Schützenhaus) eine Mitgliederversammlung statt. Tages- ordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz; 2. Vers- chiedenes. Der Vorsitzende Hugo Wollermann eröffnete die Ver- sammlung und forderte die Anwesenden auf, Delegierte vorzu- schlagen zu dem am 7. Januar stattfindenden Gaukonferenz in Breslau. Es waren 115 Mitglieder anwesend. Gewählt wurden Wilh. Klotz und Alb. Kozh. Weil sich keiner zum zweiten Punkt, Verschiedenes, zum Wort meldete, schloß der Vorsitzende die Ver- sammlung.

Schönlank. Zur Lage der streikenden Tabakarbeiter in Schönlank ist zu berichten, daß dank der Opferwilligkeit der Kol- legen Deutschlands unser Weihnachtsfest ein recht fröhliches war. Bei der Bescherung, welche am ersten Feiertag im Schützenhause stattfand, konnte man nur fröhliche Gesichter sehen. Darum fühlen wir uns nochmals verpflichtet, allen Spendern von frei- willigen Geldern auf diesem Wege unsern besten Dank zu sagen! Auch haben wir mit unserm Gauleiter Max Clement-Breslau den Versuch gemacht, mit unsern Fabrikanten zu verhandeln. Das Resultat war folgendes: Die Fabrikanten sind bis dato noch nicht gewillt, irgend welche Zugeständnisse zu machen. Kollege Clement führte denselben die Nachteile ihres Verhaltens vor Augen und wies auf die Vorteile hin, welche eine Einigung nach sich zieht. Unsere Fabrikanten stellen sich auf den Unternehmerrandpunkt und glauben durch ihre Hartnäckigkeit uns müde zu kriegen. Aber die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf unentmutigt fortzuführen, bis der Sieg errungen ist. Briefe und Geld- sendungen sind zu richten an H. Wollermann, Wilhelmstr. 23. Kollege Franz Wednacek, Buchnummer S. 1, 21 573, der voll- ständig krank, infolge dessen den Verband ausgenützt hat, ist zum Arbeitswilligen geworden. Nachdem er aus dem Krankenhause entlassen, kam er zur Streikleitung und forderte sein Abreisegeld.

Nachdem er dasselbe empfangen, verabschiedete sich der Kollege, uns den besten Erfolg wünschend und — geht stracks zur Firma A. Will und macht den Arbeitswilligen.

Schwögingen. In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung, die am 31. Dezember 1905, nachmittags 3 Uhr, bei Mitglied Wäß stattgefunden hat, verlas der Kassierer zunächst die Abrechnung vom vierten Quartal, welche gutgeheißen wurde. Dann wurde von den Delegierten der Kartellbericht erstattet. Drittens wurde die Wahl von drei Delegierten zum Gewerkschaftsartell vorgenommen; es wurden die Kollegen Jakob Eichhorn, Konrad Uelshöfer und Wilhelm Zegehoff gewählt. Als Delegierter zur Konferenz nach Speier wurde Kollege Jakob Eichhorn und für die Verwaltung der Zahlstelle wurden folgende Kollegen gewählt: Christian Bahrmann als erster, Martin Schäfer als zweiter und Hermann Kramer als dritter Bevollmächtigter; als Kontrolleure: Peter Tremel, Hermann Stelter und Jakob Uelshöfer. Unter Verschiedenem ergriff Kollege Dofer das Wort und führte den Anwesenden vor Augen, daß jahrelang das Tabakgewerbe heunruhigt wurde und führte den Beweis, daß sich das Gewerbe sonst ganz anders entwickelt hätte. Die Situation, in der wir uns heute befinden, sei ähnlich der in den Jahren 1893 und 1895. Damals brauchte der Staat viel Geld, um die Unkosten zu decken, welche die damaligen Militärforderungen erheischten. Darum sollten die Kollegen für die Organisation agitieren, denn nur in geschlossenen Reihen könnten wir unsere Lage verbessern. Zum Schluß führte Kollege Dofer an, daß am 14. Januar, nachmittags 2 Uhr, beim Kollegen Erler (Zum Waldborn) eine Protestversammlung stattfindet, in welcher unser Gauleiter Krohn sprechen wird über die Tabaksteuer. Die Kollegen und Kolleginnen von hier und auswärts mögen der Versammlung zahlreich beiwohnen.

Sorau. Am 18. Dezember tagte in der Flora eine Protestversammlung gegen die Tabaksteuervorlage. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Vorsitzende einen Brief des zur Versammlung eingeladenen, aber nicht erschienenen Reichstagsabgeordneten unseres Kreises, Herrn Bahn. Hierauf legte der Referent Riesel den Anwesenden die Notwendigkeit der Ablehnung der Vorlage dar. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen. Der Referent legte den anwesenden Tabakarbeitern noch besonders ans Herz, sich immer enger zusammenzuschließen, um den Kampf gegen eine solche Regierungsvorlage mit voller Energie führen zu können. Bei der Mitgliederversammlung wurde eine Kommission gewählt: Anton Kriften, Carl Pfeiffer und Max Schulz. Als Obmann wurde gewählt Anton Kriften, Gilplatz 1. Zu der Bekämpfung der neuen Tabaksteuer bewilligte das Gewerkschaftsartell zu Sorau 10 Mk.

Der Brief des Herrn Reichstagsabgeordneten Bahn lautet folgendermaßen:

Berlin NW., 13. Dezember 1905.

Herrn Anton Kriften, Sorau.

Für Ihre Einladung zu der am 1. Montag in Aussicht genommenen Versammlung betr. die Erhöhung der Tabaksteuer sage ich meinen Dank und teile zugleich mit, daß ohne eine dorthin Erörterung hier bereits Material aus sehr vielen Kreisen der Tabakfabrikanten zur vollsten Genüge vorhanden ist.

Aus wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gründen ist die Ablehnung der Vorlage in ihrer jetzigen Form, wodurch die breiten Schichten der Bevölkerung eine Belastung erfahren könnten, nur zu empfehlen.

Etwas anderes ist es, ob eine von einer großen Anzahl deutscher Fabrikanten befürwortete Steuererhöhung der vom Ausland importierten besseren und werthvolleren Rohstoffe und Zigaretten nicht eintreten kann, wodurch dem Lugez eine Steuer auferlegt wird, die zur Deckung nötiger Bedürfnisse des Reiches am ehesten dienen kann.

Es wird die Vorlage der Tabaksteuer in allen Fraktionen jetzt und bald in der Budgetkommission behandelt und es dürfte die Vorlage in einer ganz andern Gestalt, als in der gegenwärtigen aus den Verhandlungen hervorgehen.

Bevor aber die Abänderungen nicht bekannt sind, hat es für einen ernst denkenden Abgeordneten keinen Zweck, seine Stellungnahme zu äußern.

Aus diesen Gründen bedaure ich, Ihrer Einladung keine Folge geben zu können und verbleibe hochachtungsvoll

Aud. Bah n.

Geht nationalliberal drückt sich der „ernst denkende“ Abgeordnete also um eine offene Stellungnahme herum, macht einige scheinbare Einwände gegen die Tabaksteuer in ihrer „jetzigen Form“ geltend und bewilligt schließlich alles in einer — andern „Form“, nämlich nachdem dieser oder jener Paragraph eine etwas andre Fassung erhalten hat.

Spenge. Zu Sonntag, 31. Dezember, hatte die hiesige Kommission der Tabakarbeiter eine Versammlung nach der Wirtschaft des Herrn Rafter in Klein-Möhen, eine Stunde von Spenge, einberufen. Leider war dieselbe schwach besucht, jedoch hatten es sich ca. 30 Spenger Kollegen nicht nehmen lassen, die Versammlung zu besuchen. Den dortigen Tabakarbeitern muß es noch nicht klar sein, welche verheerende Wirkung eine neue Belastung des Tabaks auf ihre Lebenslage ausübt. Der Referent, Kollege Klingenhagen-Serford, schilderte in ca. 1½stündiger Rede die Gefahren, die der Tabakindustrie drohen, falls die Vorlage Gesetz wird. Redner forderte zum energischen Protest und zum Beitritt in den Tabakarbeiterverband auf. Eine Resolution gegen die Tabaksteuer, sowie gegen alle indirekten Steuern fand einstimmige Annahme.

Berden. Am 31. Dezember 1905 fand eine gutbesuchte Tabakarbeiterversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Beschlüsse der Generalversammlung. Kollege Deichmann-Bremen hatte das Referat übernommen. Derselbe führte in anberathendmündigem Vortrage die einzelnen Beschlüsse der Generalversammlung den Kollegen genau vor Augen, so daß die meisten Kollegen zu einer andern Ueberzeugung kamen, als wie dieselben bis jetzt waren. In der Diskussion erhielt zunächst Kollege Maas das Wort. Derselbe führte aus, daß, wenn unser Delegierter Kollege Wehrum den Bericht so genau gegeben hätte, wie heute Kollege Deichmann, hätte sich eine Kritik unter den Berdenen Kollegen nicht platzgegriffen. Kollege Wehrum hätte diesen Anforderungen nicht genau entsprechen können, weil derselbe meistens in Kommissionen beschäftigt gewesen wäre und an den Kleinigkeiten sehr wenig teilgenommen habe. Kollege Kappe kritisiert die Veröffentlichung der Beschlüsse im Tabakarbeiter und der Bremer Bürgerzeitung, dieselben seien damals unrichtig gewesen, und hätten damit schon eine Entzündung unter die Kollegen gebracht. Derselbe spricht den Wunsch aus, daß bei späteren Generalversammlungen ein stenographischer Bericht erstattet mit hinzugezogen werden sollte. Dieses wurde vom Kollegen Deichmann zugestimmt. Kollege Stumpe kritisierte die Gehaltserhöhung des Vorstandes. Die Berdenen Kollegen seien nicht gegen eine Erhöhung des Gehalts, aber gerade jetzt, wo die Kasse finanziell schlecht gestellt sei, hätte diese Gehaltserhöhung unterbleiben müssen, denn auf einer Seite Erhöhung der Beiträge, auf der andern Seite Gehaltserhöhung des Vorstandes, müßte Unfrieden in die Reihen der Kollegen bringen. Kollege Kappe war mit dem Ausbau der Arbeitslosenunterstützung nicht zufrieden, und wünscht, daß diese besser ausgebaut werden müßte. Danach erhält Kollege Deichmann das Schlußwort. Derselbe führte aus, daß ja Kritik berechtigt sei, jedoch habe sich im Interesse des Verbandes die Sache nicht anders machen lassen. Danach wurde die Versammlung mit einem Schlußwort an die Kollegen, auch fernerhin zeige für den Verband zu arbeiten, vom ersten Bevollmächtigten Güntheroth geschlossen.

Arbeiterelend im Spiegel einer Haushaltrechnung.

Dem Armen Teufel für die Oberlausitz wird aus Seidenhof berichtet: Das alte Jahr ist verschwunden. Der Kaufmann schließt seine Bücher ab, er addiert Einnahme und Ausgabe, schätzt seine Lagerbestände ab und zieht seine Bilanz, d. h. er rechnet sich aus, ob er im verflochtenen Jahre mit Gewinn oder Verlust gearbeitet hat. Das bürgerliche Gesetzbuch zwingt den Kaufmann, alljährlich eine solche Abrechnung vorzunehmen. Längst hat auch der denkende Arbeiter die Nützlichkeit und Notwendigkeit begriffen, über seine Einnahmen und Ausgaben Buch zu führen. Vor einigen Tagen sandte mir nun ein Freund aus dem benachbarten Dornhennersdorf seinen Jahresabschluß. Mein Freund ist Fabrikarbeiter und Ernährer von Frau und drei Kindern. Dieser Jahresabschluß sieht so aus:

Einnahme:		
Arbeitslohn im Jahre 1905 550.— Mk.		
Ausgabe:		
Woche	Jahr	
Vier Sechspfundbrote	2.40 Mk.	124.80 Mk.
Butter, Margarine, Milch und Quark	2.40	124.80
Mehl	—56	29.12
Fleisch	—35	18.20
Kartoffeln	—70	36.40
Materialwaren	1.20	62.40
Kleidung	—60	31.20
Feuerung	—70	36.40
Staats- und Gemeindesteuern, Schulzinsen	1.—	52.—
Alters- und Invalidenrente, Krankengeld	—40	20.80
Schulgelb für zwei Kinder	—	7.20
Frühstücks- und Mittagstisch in der Fabrik	—96	49.92
Ostern, Pfingsten, Weihnachten, Kirchweihfest je 2 Mk.	—	8.—
Christbescherung für drei Kinder	—	3.—
Tabak, Zigarren, Bier, Branntwein	—20	10.40
Zeitungen	—11	5.72
Schreib- und Besessagen für zwei Kinder	—30	15.60
		11.88 Mk.
		635.96 Mk.
Bilanz.		
Ausgabe	635.96 Mk.	
Einnahme	550.—	
		Defizit 85.96 Mk.

Mein Freund ist trotzdem eine unermüdete Seele, jedoch schreibt er am Schluß seines Abschlusses: „Wenn jedoch in der Familie jemand krank wird, oder es geht am Kinderwagen ein Rad kaputt, dann hört auch meine Gemüthlichkeit auf.“

Nach Prüfung dieser Bilanz wird man sagen, ja, es ist nicht anders möglich, will der Mann durchkommen, dann muß die Frau mit in die Fabrik! Schreiber dieses hat den Versuch gemacht.

Mein Einkommen war dasselbe wie vorstehendes. Ich nahm meine Frau mit. Sie hatte einen Verdienst von 6.42 Mark pro Woche. Von diesem „Lohne“ waren zu bestreiten:

Für die Kinder: Pflegegeld, Aufsicht	8.50	Mk.
Mehrerbrauch an Butter und Brot	1.20	„
Für Mittagessen und Frühstück der Frau	1.—	„
Mehrerbrauch an Kleidung, Kasse usw.	—30	„
Mehrerbrauch der Kinder an Kleidung	—30	„
3.80 Mk. Gemeindesteuer der Frau, d. i. pro Woche	—0.71 1/2	„
Summa	6.87 1/2	Mk.

Es verblieb uns demnach ein wöchentliches Ueberschuß von 4 1/2 Pfg. durch die Mitarbeit meiner Frau in der Fabrik (Spinnerin). Für diese 4 1/2 Pfg. hatte jedoch der ganze Haushalt zu leiden. Kamen wir abends nach Hause, wurde Feuer gemacht, dann wurden die Kinder nach Hause geholt. Es war gegen 8—9 Uhr, ehe zum Abend gegessen werden konnte. Dann hatte meine Frau zu schlafen, stopfen usw., so daß wir erst nach 11 Uhr zu Bette kamen. Frühmorgens um 1/2 5 Uhr mußten die Kinder wieder schlaftrunken aus den Betten. Nach häufigem Gemüth einiger Löffel Mehlsuppe ging's wieder in die Fabrik.

Sonntag hatte die Frau keinen, denn da war „Waschfest!“ Als wir schließlich morgens (im Winter) einmal eine Minute zu spät kamen, gab jedes von uns 10 Pfg. Strafe. Ich hatte also 16 Pfg. Mehrausgabe, als wenn ich allein zur Arbeit ginge. Von da ab ließ ich meine Frau zu Hause. Ich will noch bemerken, daß der Lohnsatz von 6.42 Mark ein ganz bedeutender ist. Es gibt in dieser Fabrik noch viel geringere „Löhne“.

Lebensmittelteuerung und Gewerkschaften.

Das Korrespondenzblatt der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften enthielt in einer der letzten Nr. einen Hinweis auf die verderblichen Folgen der bei uns in Deutschland betriebenen agrarischen Interessenpolitik für die Arbeiter und auch für die Gewerkschaften. Es heißt darin zum Schluß:

„Der einseitigen Begünstigung des Getreidebaues durch die agrarische Zollpolitik entgegenzutreten, ist aber nicht bloß Aufgabe der politischen, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation, denn während einerseits der Gipfelpunkt der Teuerung noch lange nicht erstiegen, ist die gegenwärtige nur eine Vorprobe der künftigen, die nach dem 1. März 1906 eintreten wird. Dabei ist zu bedenken, daß die Wirkungen der gegenwärtigen Teuerung nicht einmal voll zur Geltung kommen, weil die diesjährige Hochkonjunktur der Industrie die Arbeitslosigkeit vermindert und das Lohnniveau hochhält. Es werden noch immer Massenbestellungen aus dem Auslande gemeldet, welches Waren zu den alten Zollsätzen auf Vorrat erhalten will, und auch in Kommission gehen große Warenmengen, die man noch unter Geltung des alten Zolls abzugeben hofft. Diese Anspannung der Produktion mildert also die Preissteigerung der Lebensmittel, wird aber diese in ihrer ungeheuren Kraft zum Bewußtsein der Arbeiterklasse bringen, da die neuen Zollsätze mit der weiteren Erhöhung der Lebensmittelpreise auch noch das Gegengewicht der industriellen Hochkonjunktur ausschalten werden. Denn selbstverständlich muß diese mit dem 1. März 1906 ein Ende haben und eine langanhaltende Depression auslösen, die um so schwerer ins Gewicht fallen wird, als der Preisdruck in der Industrie jede Aufwärtsbewegung der Löhne hemmen und den Hochstand der Lebensmittelpreise nicht zu überwinden imstande sein wird. Fällt nun gar die wirtschaftliche Reaktion in der Industrie mit einer neuerlichen Mißernte an Getreide und Futtermitteln zusammen, und eine solche braucht durchaus nicht auf Deutschland beschränkt zu sein — dann sind die Folgen der unvermeidlichen Hungersnot gar nicht abzusehen. Dann wird sich zeigen, daß Deutschland keine Wahl mehr hat zwischen einer mehr oder weniger agrarischen Handelspolitik, sondern energisch den Uebergang zum Industriestaat vollziehen muß. Der Widerspruch zwischen der agrarischen Handelspolitik des Staates und dem industriellen Grundcharakter der deutschen Volkswirtschaft wird solche Dimensionen annehmen, daß er alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Fortführung der bisherigen Gewerkschaftspolitik in die Luft sprengen wird. Die Vorbereitungen, um der Krise, die sich infolge der jetzigen Ueberspannung der Kräfte in

der Industrie heftiger denn je gestalten muß, wirksam steuern zu können, müssen daher jetzt schon getroffen werden und zunächst alles umfassen, was eine genaue Befolgung der Lohn- und Preisbewegungen ermöglicht. Aber nicht bloß der Absatz- und Warenmarkt, der Stand des Arbeitsmarktes und der Industriepapiere, auch die Verhältnisse in den einzelnen Industriezweigen und Branchen, die Arbeitszeit, Ueberstunden und andre Details des Arbeitsvertrags, müssen zum Gegenstande systematischer Beobachtung gemacht werden. Und je ergeßlicher die Agrarpolitik des Staates den Wert der industriellen Schutzzölle zerstört, desto nachdrücklicher müssen die Gewerkschaften die innere Wirtschaftspolitik beeinflussen. Die Anspannung der sozialpolitischen Leistungen der Industrie hat den Druck gegen die agrarische Richtung der Handelspolitik derart zu potenzieren, daß sie ihm weichen muß.

Dem doppelten Ansturm von Gewerkschaften und Industrie sollen dann die Regierungen der Bundesstaaten und des Reichs Widerstand leisten, wenn sie können. Sie werden früher oder später sich dazu bequemen müssen, Sozial- und Zollpolitik in Uebereinstimmung zu bringen. Denn Agrarerschutz und Arbeiterschutz schließen sich aus.“

Hoffentlich beherzigen die Gewerkschafter die Mahnung, mit aller Kraft zu ihrem Teile diese ungeheure Gefahren herausbeschwörende Hungerpolitik zu bekämpfen. Das können sie am besten, wenn sie sich den sozialdemokratischen Organisationen — so weit noch nicht geschehen — anschließen; denn der Einfluß der Agrarier auf die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches, kann nur durch die politische Betätigung der Arbeiter überwunden werden. Dagegen können durch starke gewerkschaftliche Organisationen die Folgen des neuen Zolltarifs gemildert werden. Also herein in die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse.

Erwiderung.

Der Kollege G. Schmidt, Bremen-Gastedt, kritisiert die Ausführungen des Kollegen Rauch, welche er auf der Konferenz des 2. Gau's über die Gehälter und Leistungen unserer besoldeten Vorstandsmitglieder gemacht hat. Es ist nicht das erste Mal, daß solche bedauerlichen Anschauungen in unserm Verbandsorgan zum Ausdruck gebracht sind, wie die des Kollegen Schmidt. Wenn der Kollege Schmidt schreibt, die Bezahlung sei eine anständige und den Leistungen entsprechend, so bestreite ich, daß er über die Tätigkeit des Vorstandes unterrichtet ist und will gleich hinzufügen, daß ich auf Grund meiner Erfahrungen besser informiert bin wie Kollege Schmidt. Der Kollege Schmidt bringt es fertig, die veraltungstechnischen Arbeiten, wie die des Kassierers als ganz leichter Art hinzustellen, so daß man glauben sollte, dieselben könnten von irgendeinem Beliebigem angefertigt und ausgeführt werden. Im Interesse des Verbandes liegt es, dies zurückzuweisen, weil durch solche Ausführungen nur Verwirrung in den Reihen der Mitglieder angerichtet wird. Die Generalversammlung ist auf gewerkschaftlichem Gebiete unser Parlament, und was dort beschlossen wird, muß zur Durchführung gebracht werden. Uebrigens verweise ich Koll. Sch. auf den Beschluß des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses, wo die Gehälter unserer Beamten auf mindestens 2000 Mark festgesetzt wurden. Ich bedauere, daß dieser Beschluß auf unserer Generalversammlung nicht verlesen ist. Wäre dieses geschehen, so hätte man unbedingt den beiden Vorstandsmitgliedern, welche jetzt noch unter 2000 Mark arbeiten, dieselben gewähren müssen. Zum Schluß ist dem Koll. Sch. noch eine Unrichtigkeit unterlaufen, er führt an, vorläufig gibt es 10 Mark Diäten und das Gehalt geht weiter. Das ist ein Beweis, daß er den Beschluß der Generalversammlung gar nicht kennt. Die Generalversammlung hat beschlossen, den Vorstandsmitgliedern statt 5 Mark 7 Mark Diäten pro Tag zu gewähren. Ich ersuche den Kollegen Schmidt, in solch schweren Zeiten, in denen wir uns jetzt befinden, mit dem Vorstand Schulter an Schulter zu kämpfen, statt die Gehälter zu kritisieren. Es ist gewiß ein bitteres Brot, das man genießt, wenn fortgesetzt darüber geredet wird. Beherzig der Koll. Sch. meine Ausführungen, dann hat er im Interesse des Verbandes mehr getan, als mit seinem Artikel über Beamtengehälter.

Bremen.

Ger mann Koch.

Literarisches.

Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 15. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Revolutionärsphilistrier. — Die Ursachen des Gottesglaubens. Von Paul Lafargue. — Der englische Regierungswechsel. Von M. Beer. — Reaktionäre Wahlrechtskunststücke. Von Otto Stolten-Hamburg. — Statistisches zum Recht auf Mutterschaft. Von Franz Worsmann. — Heinrich Heine und die Ideologie vom „Pöbel“. Von Janus. Eine russische Armeerevolte. — Literarisches Rundschau: Verfassungs- und Verwaltungsorganisationen der Städte. Von ad. br. U. Hettner. Das europäische Rußland. Von R. R.

Quittung.

Zur Bekämpfung der neuen Tabaksteuerung gingen in der Zeit vom 26. Dezember bis 2. Januar beim Unterzeichneten ein:

Jastrow, durch W. Hoffmann, 4. Rate	10.—	Mk.
Zirke a. d. W., durch G. Noack, 1. Rate	4.35	„
Ganß i. Sch., durch A. Köhn, 1. Rate	4.10	„
Rostock, durch B. Bruns, 3. Rate	30.—	„
Walbheim, durch E. Gohles, 1. Rate	30.—	„
Trebnitz i. Sch., durch B. Barthel, 1. Rate	2.80	„
Alt-Lußheim, durch H. Jung, 1. Rate	7.25	„
Schwiebus, durch G. Blesche, 2. Rate	15.—	„
Baslach i. W., durch L. Schneider, 1. Rate	10.50	„
Ohlau, durch G. Müller, 2. Rate	20.—	„
Beelitz i. d. M., durch W. Käbne, 1. Rate	5.—	„
Schwedt, durch G. Rupp, 2. Rate	25.—	„
Gdingen-Neckarhausen, d. J. Engert, 1. Rate	10.—	„
Summa	174.—	Mk.
Bereits quittiert	2935.99	„
Summa	3109.99	Mk.

Fritz Sperber, Kassierer, Berlin N. 28, Ruppiner Str. 44.

An freiwilligen Gebern gingen in der Woche vom 23. Dezember 1905 bis 1. Januar 1906 noch ein: Durch B. Arndt, Daffow i. M. 2.15, durch Georg Fettes, Bremerhaven 10.—, durch W. Walter, Birnbaum 6.05, durch Fr. Diehoff, Derlinggauen 6.50, durch Karl Bahmer, Briesg 5.—, durch Fritz Wendler, Jastrow 12.—, durch B. Arnold, Letmen in Baden 10 Mk. Nochmals allen Gebern besten Dank, wir werden uns gegebenenfalls nach Kräften revanchieren.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Zahlstelle Schönlanke.

Briefkasten.

Ramisch, B. Hartwig. Die Wahl der in Vorschlag zu bringenden Bevollmächtigten und Kontrolleure kann durch Stimmzettel oder auch per Affikation vorgenommen werden. Der Vorstand.